INTERIM

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

Nr. 73

LEMMINGE

ALLES IST RELATIEF

WIND und WETTER

SCHALLPLATTEN

GORBI

POLEN

WÖLFE

DDR'ler

SCHWABEN

FISCHKÖPPE

STÖRCHE

BASKEN

DDR'LER

BAYERN

ANNA

5. Oktober 1989

INHALTSVERZEICHNIS INTERIM NR.73 5.OKTOBER 89

Seite

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

ZUR DERZEITIGEN POLITISCHEN SITUATION IN DER DDR

Wir erleben in diesen Tagen mit tiefer Anteilnahme den täglichen Massenexodus von DDR-Bürgern über die ungarische Grenze in die BRD. Wir hören und sehen mit Befremden die Frontberichterstattung der Medien. Wir nehmen mit Gänsehaut die Statements Geflohener zur Kenntnis, die "endlich in Freiheit" sind. Wir erleben in der DDR im Moment so etwas wie eine revolutionäre Situation: Zehntausende Mitbürger sind bereit, für ihren Traum von einem anderen Deutschland ihren sozialen Zusammenhang und ihre Existenz zu verlassen. Wir sind traurig darüber, daß sie diesen Traum nicht im eigenen Land verwirklichen wollen und an den Realitäten des Nachbastaats BRD ernüchtert werden, die eben gar nichts mit ihrem Traum zu tun haben.
Wir klagen die DDR-Behörden an, durch jahrzehntelange Bevormundung von der Wiege bis zur Bahre, durch ihre rigide Informationspolitik diese Realitätsfremdheit verschuldet zu haben.
Kein Zweifel, der Traum vom Freiheits- Wirtschaftswunderland BRD ist geprägt von der Propaganda der Westmedien. Über Jahrzehnte haben sie es verstanden, den DDR-Bürgern die Überlegenheit des westdeutschen Lebensmodells zu suggerieren. Aber diese Suggestion konnte nur so durchschlagend, weil die DDR-Behörden nie in der Lage gewesen sind, ihren Bürgern ein bis in den Alltag faßbares Gegenmodell zu geben. Soziale Sicherheit war immer verbunden mit Entmündigung. DDR-Bürger zu sein bedeutete als ökonomisches Zahnrad Untertan und Eigentum der Behörden zu sein und im Austausch "großmütige" Almosen ausgezahlt zu bekommen. Sozialer Aufstieg bedeutete nicht, durch Erwerb von Wissen und schöpferischen Fähigkeiten der Subalternität und Unwissenheit zu entringen, sondern war unentrinnbar verbunden mit einem Treueid auf die offizielle Staatsreligion und der Aufgabe von verbliebenen eigenständigen Positionen und Freiheitsspielräumen. Die SED hat zustande gebracht, was kapitalistische Ideologen nie gelungen ist. Indem sie behauptete, ihre Behördendiktatur sei der einzige Weg zum Sozialismus, wurde die Idee des Sozialismus bei der Bevölkerung der DDR völlig diskreditiert

Diese Art von Politik steht jetzt vor ihrem politischen und wirtschaftlichen Bankrott. Es zeigt sich, daß die Versprechen, mit denen die Behörden den Untertanengeist belohnen wollten, ständig wachsender Konsum, nicht eingelöst werden können. Im konkurrierenden feindlichen Nachbarstaat BRD wird Hörigkeit viel besser bezahlt und läßt das Repressionssystem beneidenswert große Freiheitsspielräume offen. Nicht nur das, nur ganz Blauäugige können noch an eine Zukunft der in der DDR praktizierten Politik und Wirtschaft glauben. Längst werden von den Herrschenden die Standards nur noch durch den Ausverkauf des Landes gehalten: Billiglohnarbeit für kapitalistische Firmen oder zum Dumping auf dem kapitalistischen Weltmarkt, Giftmüllimport im großen Maßstab aus ganz Westeuropa, Export des Kulturerbes von Gaslaternen bis zu antiken Möbeln, Verseuchung des Landes mit umweltzerstörenden Indusriezweigen für den kapitalistischen Weltmarkt, vom DDT bis zur Schweinefleischproduktion. Diejenigen, die das wissen, verlassen jetzt das sinkende Schiff.

Wir haben in der Vergangenheit die Behörden oft genug zu einer Umkehr zu einem echten, freiheitlichen Sozialismus aufgerufen. Wir teilen die Auffassung von Stephan Heym, daß die Regierung der DDR durch glaubwürdige Maßnahmen zur Demokratisierung des Systems und zur Rechtssicherheit über Nacht den Flüchtlingsstrom eindämmen könnte. Wir lesen, hören und sehen aber täglich in den DDR-Medien, daß die Herrschenden unbelehrbar darauf beharren, daß ihr Kurs der Richtige ist und das Land weiter in die Sackgasse führen

Wir sehen, daß die zweite große Bevölkerungsbewegung im Land neben der Ausreisebewegung nicht eine ist, die auf Emanzipation drängt. Latent und manifest fassen in immer weiteren Teilen der Bevölkerung rechte Ideen Fuß. Statt sich vom Staat zu befreien, ersehnen sie einen anderen starken Staat und starke Männer, mit denen sie sich identifizieren können. Statt Gesellschaft als soziale Verbindung und Freiheit wiederherzustellen, grenzen sich Deutsche von Ausländern ab und rekultivieren den Haß auf Fremdgruppen. Wir wissen, daß auch diese andere Bewegung Ergebnis der jahrzehntelangen Erziehung zur Unmündigkeit ist.

Wir fürchten uns davor, daß infolge der Katastrophenpolitik der Herrschenden in unserem Land in naher Zukunft erneut die Lichter ausgehen, daß entweder die Herrschenden die Zuflucht zum Terror nehmen müssen oder ein rechtes Terroregime die Nachfolge der SED antritt. Beides muß sich nicht einmal ausschließen, denn unserer Beobachtung nach sind auch bereits große Teile der Sicherheitsorgane mit rechten Ideen verseucht.

Wir fordern alle Menschen des Landes auf, sich zu einer Kraft zu sammeln, die solche Entwicklungen aufhalten kann. Wir fordern alle emanzipatorischen Kräfte auf, die Situation neue zu durchdenken und zu versuchen, authentische demokratische und linke Konzepte vermittelbar und populär zu machen. Dabei wird es darum gehen, konsensfähig und kompromißfähig zu sein, auf doktrinäre Mittel der Auseinandersetzung zu verzichten und mit allen Demokraten ein breites Bündnis zu schaffen.

Umwelt-Bibliothek Berlin

REISE-INFOS ÜBER 

OPPOSITIONELLE DDR-GRUPPEN

Bei einem Besuch in der DDR hatten wir Gelegenheit mit einigen linken Genossinnen zusammenzutreffen. Ein paar von ihnen arbeiten aktiv beim "Neuen Forum" mit. Im folgenden der Versuch das Gehörte ein wenig zusammenzufassen.

Neben der Tatsache das einige tausend DDR'ler via Ungarn in kürzester Zeit die Fliege Richtung Westen gemacht haben, erfreut die Tatsache das sich im ersten sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden die SED-kritischen Kräfte versuchen sich zu formieren, zu organisieren. Dabei reicht das Spektrum von Sozialdemokraten bis linken Sozialisten. Das spannende der gegenwärtigen Sitauation ergibt sich aus mehreren Momenten: Die breite Unzufriedenheit in der Bevölkerung bis in die Partei, angeheizt durch die Massenflucht; die Formierung einer Opposition außerhalb der Kirche; die Unklarheit darüber wie die SED-Führung reagieren wird.

Mit Unzufriedenheit ist hier nicht nur Schlangestehen vor irgendwelchen Geschäften gemeint oder eingeschränkte Reisefreiheiten. Dies mögen Anläße für zahlreiche Menschen sein um von dort abzuhauen. Über die Ursachen solcher Symptome wird jedoch jede Auseinandersetzung verweigert. Ein verweigern der Auseinandersetzung über die Wirtschaftspolitik, über gesellschaftspolitische Probleme schien in den letzten Monaten zudem noch einmal durch die SED-Führung zementiert zu werden: Neben der bekannten Haltung gegenüber den Entwicklungen in der SU, nun die bedingungslose Solidarität mit der chinesischen Führung und die Betonung der brüderlichen Freundschaften mit den Hardlinern Rumäniens, der Cssr, Nordkoreas. Insofern ist die jüngste Flüchtlings- und Ausreisewelle nicht nur Ausdruck einer massiven Unzufriedenheit, sondern auch ein resignativer und destruktiver Massenprotest.

Mit eindeutigen Forderungen nach wirtschaftlichen und politischen Reformen traten in der letzten Zeit neben der Kirche, zahlreichen von der SED gehätschelten Künstler und dem Schriftstellerverband, weitere Gruppen an die Öffentlichkeit:die "vereinigte Linke", das "Neue Forum", die Gruppe "Demokratischer Aufbruch", die "initiative zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei" und die Gruppe "Demokratie jetzt".

Neu daran ist, daß die Gruppen, als politische, losgelöst von der Kirche auftreten. Der größte Teil der Oppositionsgruppen arbeitete zuletzt unter dem Dach der Kirche, da außerhalb bisher schnell eine Kriminalisierung erfolgte. Alle politischen Gruppen der siebziger Jahre, darunter eine Untergrund KP, wurden zerschlagen. Innerhalb der Kirche gab es zum ersten Mal eine breitere Öffentlichkeit und Diskussion zwischen Menschen verschiedener politischer Anschauungen Eine Folge davon war/ist aber auch ein gewisser Verlust von Unabhängigkeit, Kompromiße fürdie Gruppen, Undeutlichkeit bei der Auseinandersetzung gegenüber Staat und Partei.

Unter den neuen Gruppen verzeichnete das "Neue Forum" bisher die breiteste Zustimmung. Ein Grund dafür, so ein/e Genossin, liegt darin, daß der Aufruf im Gegensatz zu den anderen kein Programm darstellt, bzw. die Ziele und Forderungen noch nicht konkret benennt. Trotzdem besteht Einigkeit bisher darin: Es geht nicht um Wiedervereinigung und nicht um die Installierung eines kapitalistischen Wirtschaftssystems. Ungarn ist ein Beispiel, das abgelehnt wird. Der allgemeine Aufruf spricht so mehr Menschen an, bis in die Partei, und ermöglicht vielen die Unterzeichnung. Sie räumen diesem Vorgehen mehr Chancen ein als etwa die Gründung einer Partei oder die getrennte Formierung der explizit Linken.Dazu sei die Opposition in zweier-

lei Hinsicht zu schwach: zum einen, was die Verankerung in der normalen Bevölkerung angeht, zum anderen, was die Antwort auf anstehende Fragen betrifft. Es mangele an Konzeptionen für eine andre DDR. Bisher sei es nur geschafft zu einzelnen Fragen Untersuchungen anzustellen oder Fragen aufzuwerfen. Eine gesonderte Organisierung würde ihrer Meinung nach in einer isolierten, wahrscheinlich sektiererischen, Position enden.
Die Anzahl der Unterschriften spricht zunächst auch dafür. Selbst die Verbotserklärung des Innenministeriums, die einige unsicher werden ließ, konnte letztendlich die Zunahme der Unterschrften nicht stoppen. Viele belassen es nicht nur beim Nahmenskringel, sondern stellen sich auch aktiv zur weiteren Mitarbeit zur Verfügung oder bieten materielle Hilfe an. In der nächsten Zeit soll die Organisierung vorangetrieben werden, in der Hoffnung möglichst bald in allen Winkeln der DDR fetse Ansprechpartner und Mitarbeiter zu haben. Hinzu kommt die Aufstellung eines Problemkataloges in dem Vorschläge über die zur Diskussion anstehenden Themen gesammelt werden sollen. So wird es sicher noch etwas dauern bevor das "Neue Forum" mit genauer bestimmten Vorstellungen und Forderungen an die Öffentlichkeit tritt.
Der allgemein gehaltene Aufruf des "Neuen Forum" hat aber auch innerhalb der Szene zu einiger Distanz und Skepsis geführt. Zu verwaschen, das Fehlen eindeutig linker Positionen (fetshalten am Sozialismus/Ablehnung des Kapitalismus) wird kritisiert. Diesbezüglich gibt es bisher auch nur die Äußerungen einiger Unterzeichner, z.T. öffentlich über Westmedien und den Hinweis auf die Verfassungsmäßigkeit. Das in den anstehenden Diskussionen und in der Breite verstärkt Positionen auftauchen die sich soziale Marktwirtschaft a la Brd vorstellen, schließen auch die Genossinen nicht völlig aus.
Noch kurz zu den anderen Gruppen: Überschneidungen gibt es bei gesellschaftspolitischen Forderungen wie Reformierung des Wahlrechts, Aufhebung des Parteimonopols im Bereich Erziehung, Bildung, Information ect. Die Unterschiede werden aufjeden Fall in den Vorstellungen über Umgestalltung der Wirtschaft auftreten. Die sozialdemokraten fordern Sozialstaat mit ökologischer Oreintierung, soziale Marktwirtschaft, Annerkennung der Zweistaatlichkeit mit möglicher Veränderung im Rahmen einer europ. Friedensordnung. Die Bürgergewegung "Demokratie jetzt" wendet sich an kritische Marxisten und Christen und spricht von einer Suche nach "Alternativen zur westlichen Konsumgesellschaft..., deren Wohlstand die übrige Welt bezahlen muß. Anderrerseits ließt sich die dürftig in fünf Absätzen skizzierte Alternative auch nach sozialer Marktwirtschaft. Hinzu kommt der Wiedervereinigungstraum, sich zweier aufeinanderzu reformierender Systeme. Was immer das heißen mag. Von der Gruppe demokratischer Aufbruch gibs bis jetzt nur das Taz-Interview vom 16.9. in dem außer einigen sich wiedersprechenden Schlagwörtern nicht viel drinsteht. Am ausführlichsten trat die "vereinigte Linke" mit der Böhlener Plattform (Taz 19.9) an die Öffentlichkeit, verstanden als zu diskutierender Minimalkonsens der sozialistischen Gruppen. Es bleibt das gesellschaftlich Eigentum an Produktionsmitteln als vorhandene und perspektivische Grundlage soialistischer Gesellschaftung.Als Thesen stehen u.a. Kollektive Kontrolle der Arbeitenden über den Produktionsprozeß in Betrieb und Gesellschaft; Genossenschaften und Privateigentum auf Grundlage eigener Arbeit bei Verbot kapitalistischer Lohnarbeit. Einiges blieb mir aufgrund fehlender theoretischer volkswirtschaftlicher Bildung verschloßen.
Die "Stärke" der einzelnen Gruppen bleibt dabei im Unklaren. So einerseits, ob die Initiative

für eine SP inzwischen mehr als die vier Erstunterzeichner umfasst, andererseits ist die Angabe der "vereinigten Linken" über 300-500 Unterstützer/Mitarbeiter nicht nachvollziebar,da diese weiterhin klandestin arbeitet. Deutlich wird allemal, daß der Begriff Opposition zunächst nicht mehr umfasst als Schwache SED-kritsche Kräfte, die zum Teil noch recht verschwommen, unterschiedliche politische Vorstellungen vertreten.

61,5 Prozent der Übersiedler bevorzugen die CDU/CSU

Tsp. Berlin. 61,5 Prozent der DDR-Übersiedler würden einer Umfrage des Bad Godesberger Meinungsforschungsinstituts Infas zufolge CDU/CSU wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen stattfänden. Der Umfrage zufolge, würden sich 19,5 Prozent für die SPD entscheiden, elf Prozent für die Grünen, fünf Prozent für die Republikaner und drei Prozent für die FDP. Im Auftrag des SFB-Fernsehmagazins „Kontraste" hat Infas in den Aufnahmelagern Gießen, Schöppingen und Marienfelde 600 übersiedler aus der DDR befragt.

37 Prozent der Übersiedler wären nach ihren Angaben in der DDR geblieben, hätte es dort politische Reformen gegeben. 52 Prozent gaben an, sie wären trotzdem in die Bundesrepublik gekommen.

89 Prozent der Befragten halten die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten für wünschenswert. Sieben Prozent meinen, sie sei nicht wünschenswert.

Auf die Frage, welche Regierungsform die Übersiedler im Falle eines wiedervereinten Deutschlands bevorzugen würden, nannten 52 Prozent die Regierungsform der Bundesrepublik. 42 Prozent geben an, sie würden eine „Mischung" aus beiden deutschen Regierungsformen bevorzugen. Niemand wünscht sich die der DDR.





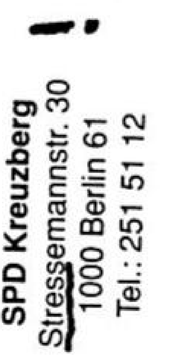
Samstag 7.10.1989
15.00 Uhr bis 19.00 Uhr

Fichtestraßenfest

mit

Anne und Walter Momper, SenatorInnen,

Musik, Diskussion
Essen und Trinken
u.v.m.



Hochmut kommt vor dem Ernstfall

Gegen die heutige Art von Entspannungspolitik war der kalte Krieg das reinste Frühlingslüftchen. Kein Tag vergeht ohne aufgeputschte Pressemeldungen, wie übel es speziell um die DDR bestellt ist. Jeden Tag werden ein paar zehntausend draufgelegt bei der Zahl derjenigen, die mit Sicherheit noch flüchten wollen. Der kleine Benjamin, der das erste Mal in seinem Leben eine Banane bekommt und das Ehepaar Mayer, das barfuß über die Grenze mußte, wechseln sich ab mit Beteuerungen, daß es sich bei den Flüchtenden nicht um Wirtschaftsflüchtlinge handele, sondern um Freiheitsdürstende.

Zwar hat hier angeblich niemand ein Interesse an einer Destabilisierung der DDR, aber der Chef des Bundesarbeitsamtes erzählt rund um die Uhr im Fernsehen, wie super hier die Arbeitsmarktchancen für DDR-Bürger sind und das vor dem Hintergrund von zwei Millionen Arbeitslosen. Über TV-Interviews mit Flüchtlingen, die meinen, sich anbiedern zu müssen und öffentlich versprechen, jede Arbeit zu jedem Preis zu nehmen, und Unternehmerkommentaren, die das einfach spitze finden, wird diese Stimmung noch angeheizt und gleichzeitig hiesigen Arbeitslosen noch Arbeitsunwilligkeit als Grund ihrer Arbeitslosigkeit reingedrückt. Zwar will hier angeblich niemand die DDR destabilisieren, aber Tag für Tag wird das Blaue vom Himmel runtersuggeriert: „DDR-Bürger gewinnt sechs Richtige" (Bild-Zeitung vom 26.8.89) und jeden Tag mindestens dreimal erklären irgendwelche hiesigen Regierungsgewaltigen ihre Zuständigkeit für DDR-Probleme.

Bekanntlich ist die BRD außer Südkorea und Taiwan der einzige Staat in der Welt, der sich in Form des Anspruches, alle Deutschen zu vertreten, die Vernichtung und Einverleibung eines anderen Staates in die Verfassung geschrieben hat. Seit Staatsgründung wurde von den Bundesregierungen aller Farben versucht, diesen Anspruch einzulösen, z.B. durch die Nichtanerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR, durch wirtschaftliche Prämien für Flüchtlinge, durch Kredit und Handel usw. Mit den Veränderungen in der Sowjetunion sehen nun verschiedenste Leute endlich ihr Stündlein gekommen. Ein paar Kostproben aus der westdeutschen Strategiediskussion: z.B. Theo Sommer, Chefkommentator der ZEIT (18.8.89): „Die Bundesdeutschen haben drei Möglichkeiten: Erstens ein Gaeschäft mit den Russen: großzügigste Mithilfe bei der Modernisierung der rückständigen Sowjetunion gegen Übergabe der DDR an die Bundesrepublik... Zweitens: Eine Neuauflage des Augsburger Religiousfriedens von 1555... mit dem Grundsatz, wessen Gebiet, dessen Glaube, wobei den Untertanen für begrenzte Zeit das Recht zur Auswanderung eingeräumt würde... Drittens: Ein deutsch/deutscher Burgfriede auf zwanzig Jahre... heute hieße das, großangelegte wirtschaftliche Zusammenarbeit gegen fortschreitende innere und äußere Öffnung. Die bestehenden internationalen Institutionen würden so nicht gesprengt, sondern stufenweise überwölbt und verklammert werden." Prof. Seifert, ex-DDR, jetzt FAZ (26.8.89): „Zwar ist die DDR nach dem Völkerrecht ein souveräner Staat... Praktisch politisch ist es ein Unding, die prosperierende Welthandelsmacht Bundesrepublik

mit der wirtschaftlich maroden DDR, die nicht einmal 50% des Bruttosozialproduktes des Bundeslandes Bayern erwirtschaftet, auf eine Stufe zu stellen... Realistisch sind Reformen nur, wenn Bonn bei den vier Alliierten das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen einfordert... und (der DDR) die Aufnahme als Bundesland nach Art. 23 des Grundgesetzes mit einem Sonderstatus anbietet... Schließlich könnte der besondere Status eines Bundeslandes DDR immer mehr dem des Landes Berlin ähneln." Die DDR einfach in Ruhe zu lassen kommt in dieser Bandbreite gar nicht mehr vor, man macht nicht den geringsten Hehl aus der Absicht der Einverleibung der DDR. Über die Tatsache, daß die DDR-Bürger durch die Bundesregierung weitaus besser vertreten sind als durch die SED-Regierung, besteht in der BRD nationalistischer Konsens von der NPD bis zur linksliberalen taz-Redaktion. Das Feindbild aller guten Deutschen ist so klar, daß die sozialliberale ZEIT (25.8.89) die Beschießung eines DDR-Dorfes durch Unbekannte aus der BRD so kommentieren kann: „... Macht die DDR auch aus den Kleinkaliberschüssen einiger Waffennarren auf ihren Grenzort Wahlhausen eine friedensgefährdende 'schwere Grenzprovokation', die sie am liebsten Bonn in die Schuhe schieben möchte." So, als ob es in der Bundesrepublik keinen aufstrebenden Faschismus und militanten Antikommunismus geben würde, der nicht zuletzt wegen des regierungsverordneten Nationalismus prächtig gedeiht.

Zurück zu den Fakten: Angegriffen werden in der DDR vor allem genau die wenigen Fortschritte, die der Osten gegenüber dem kapitalistischen Westen repräsentiert. Nämlich, garantierte Sicherheit der Existenz, Antifaschiusmus, Antiimperialismus, gleich wie und ob das nun im einzelnen im Osten eingelöst wurde. Es mehren sich die Stimmen, die nicht darauf warten wollen, daß die geschaffenen wirtschaftlichen Zwänge (auch bezüglich Ungarns, Polens und der Sowjetunion) ihre Wirkung auf die DDR zeigen.

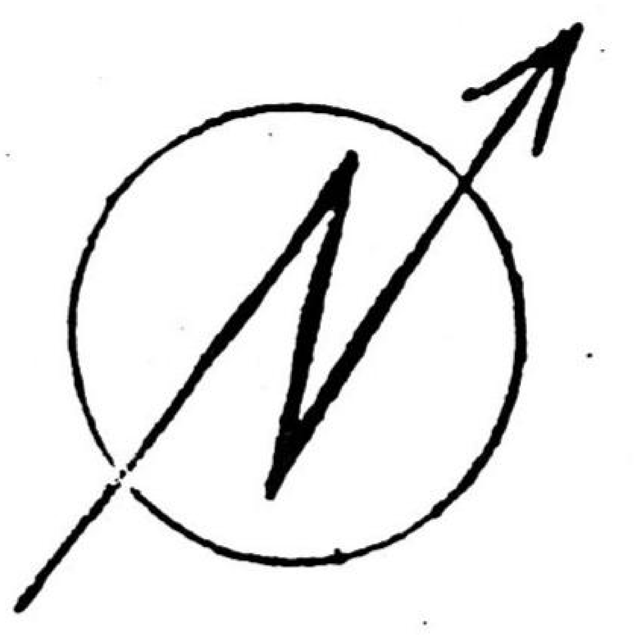
Der Wunsch der Flüchtlinge, sich zu verbessern ist sicher legitim, wenn auch durchaus unrealistisch. Wirtschaftlich werden sie unter die hiesige Klassenspaltung fallen, vielleicht ein Viertel wird den sozialen Aufstieg schaffen, für die Hälfte gilt, daß der Urlaub auf den Malediven nach wie vor ein Traum bleibt, nur jetzt nicht, weil sie nicht dürften, sondern weil sie nicht bezahlen können. Der Rest wird auf den Hund kommen und darf den schönen Gedanken mit sich herumtragen, dieses Mal wirklich nur selber dran schuld zu sein. Was den Wunsch anbetrifft, sich bezüglich anderer persönlicher Freiheiten zu verbessern, so mag es eine Weile dauern, bis man merkt, daß hier die staatstragenden Meinungen vor allem bunter verpackt sind.

Ein anderes Kapitel ist die nationalistische Hetze, die sich auch gegen Ex-DDRler und vor allem Ostblockübersiedler wendet. Es ist ja auch tatsächlich ein Problem für die Oberen, dem verhetzten Fußvolk zu erklären, warum man bei Ex-DDRlern nun hinzunehmen habe, daß man seinen Arbeitsplatz bzw. seine Wohnung loswird. Als ob in diesem Lande das Problem wäre, die Leute zu ernähren oder allen Wohnraum zu verschaffen. Das einzige Problem ist doch, daß hier an Arbeit und Wohraum verdient werden muß, damit es sie bzw. ihn gibt. So blödsinnig es ist, diese Probleme auf eine Verdrängung der einen Bevölkerungsgruppe auf die andere zu schieben, so gängig ist es, weil es den Reichen ihr Geschäft so leicht macht und daher obrigkeitlich gefördert ist. So sieht sich jede politische Partei bemüßigt, von den Sozialdemokraten der Nürnberger Nachrichten bis hin zu den Nationaldemokraten der NPD, seiner Klientel zu erklären, warum Ex-DDR-Bürger nicht diskriminiert gehören, während Flüchtlingen aus der sogenannten Dritten Welt ruhig weiterhin wie jedermanns Freiwild behandelt werden dürfen. Überflüssig zu bemerken, daß es für viele der letzteren um Leben und Tod geht und viele von bundesdeutschen Gerichten in Folter und Tod geschickt werden (z.B. in die Gefängnisse des NATO-Partners Türkei) und kein Hahn danach kräht.

Alternative Liste Für Demokratie und Umweltschutz
Kreuzberg

Eisenbahnstr. 15







Ihre Zeichen/Ihre Nachricht vom 1989 | Unsere Zeichen/Unsere Nachricht vom O 29 | Datum 29.9.1989

An die Berliner Bevölkerung!

Gestern abend haben wir, die BesetzerInnen der Ohlauer Str. 29 das Büro der AL Kreuzberg in der Eisenbahnstraße 15 besetzt. Wir wollen hier ein Informations- und Aktionsbüro einrichten, um eine Koordinationsstelle für alle die zu haben, die das Problem der Wohnungsnot in dieser und auch in anderen Städten auf praktische Art und Weise lösen wollen. Es stehen nämlich immer noch genügend Häuser leer, weil die Besitzer damit Profite machen wollen. Dies geschieht auf Kosten der ärmeren Bevölkerungsschichten!!! Wir wollen uns diesen Betrug nicht länger bieten lassen und haben uns deshalb entschlossen zu handeln. Die AL ist vor der Wahl mit großen Versprechungen angetreten. Diese hat sie in keiner Weise eingehalten. Wir wollen mit dieser Besetzung die AL zwingen, mehr als schöne Worte zum Problem der Wohnungsnot zu bieten. Die AL soll sich praktisch für die Enteignung aller Spekulanten einsetzen, um eine größere soziale Gerechtigkeit in dieser Stadt zu erreichen. Jeder Mensch braucht im Winter eine Wohnung (im Sommer natürlich auch) und es ist unverantwortlich von einer Regierung, die vorgibt, sich für die Interessen der ärmeren Bevölkerungsschichten einzusetzen, Wohnungen und Häuser leerstehen zu lassen, während allein in dieser Stadt Tausende von Menschen ohne Wohnung sind.

Wir fordern deshalb:
- Enteignung aller Spekulanten
- das Haus Ohlauer Str. 29
- Das Haus Nostizstr. 49 bleibt
- Die Häuser Marchstr./Einsteinufer bleiben

9

DIE BESETZER/INNEN DER OHLAUER STRASSE 29

ES REICHT !

Wir haben keine Lust mehr, noch länger in dieser Gesellschaft zu leben, Tag für Tag für die Profite der Reichen zu arbeiten, uns von Bossen herumkommandieren zu lassen oder für ein Gnadenbrot (Sozialhilfe, Arbeitslosengeld oder -hilfe) diese Gesellschaftsordnung als die beste aller möglichen zu feiern. Hier stinkt nämlich einiges zum Himmel!!!

Ein Beispiel der herrschenden Ungerechtigkeit ist die Wohnungssituation in Berlin. Hier wie überall gibt es Reiche, die Häuser leerstehen lassen, weil dadurch die Profite für sie steigen und sie noch reicher werden können, während es mehr als 10000 Obdachlose in der Stadt gibt und viele, die mit ihrer Wohnsituation unzufrieden sind und sie verändern wollen.

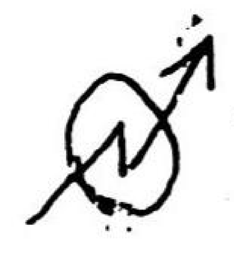
Wenn obdachlose Menschen nun hergehen und diese leerstehenden Häuser besetzen, weil sie nicht länger auf der Straße, in Parks oder in mit 3 oder 4 Leuten total überfüllten 1-Zimmer-Wohnungen schlafen wollen, werden sie als Asoziale, die sich an der Schlange der Wohnungssuchenden vorbeimogeln wollen (SPD-Bausenator Nagel), bezeichnet. Nur ist es so, daß viele Häuser schon seit Jahren aus Spekulationsgründen (das heißt, damit die BesitzerInnen damit mehr Geld verdienen können) leerstehen und daß keineR, der/die in der Schlange der Wohnungssuchenden steht, in den Genuß gekommen wäre, diese Wohnungen zu bekommen, weil der Profit einiger weniger in dieser Gesellschaft schon immer vor den Grundbedürfnissen aller Menschen kam. Damit muß nun Schluß sein. Denn wer ist hier asozial? Die, die sich das nehmen, was sie zum leben brauchen oder die, die bereits eine Villa (oder mehr) haben und, um noch mehr Geld zu verdienen, von anderen Leuten Miete kassieren oder die Häuser leerstehen lassen - je nachdem, was mehr Profit verspricht - sowie deren Gehilfen in der Politik - egal von welcher Partei sie kommen???

Wir meinen, daß das Recht auf Wohnen ein Menschenrecht ist, das dem Profitinteresse der ohnehin schon Reichen entzogen werden muß. Deshalb fordern wir die Besetzung von leerstehendem Wohnraum durch obdachlose Menschen sowie die sofortige Enteignung aller Grundstücks- und HausbesitzerInnen, damit niemand mehr auf der Straße stehen oder einen Großteil seines/ihres Einkommens für Miete verwenden muß. Lebenslanges Schuften für den aufwendigen Lebensstil der "High Society", der oberen 10000 muß ein Ende haben. Wir fordern neben einer gerechten Verteilung von Wohnraum auch eine gerechtere Verteilung von Arbeit und Einkommen, um so eine Angleichung des Lebensstandards aller Menschen zu erreichen.

HAUSBESITZER/INNEN UND SPEKULANT/INNEN DURCH MIETBOYKOTT ENTEIGNEN!!!

LEERSTEHENDE HÄUSER BESETZEN!!!!!!

BesetzerInnen des Info-Büros Eisenbahnstraße 15



und Ⓐ 90



Miete verweigern Kündigung ins Klo -besetzen sowieso!

die, die sich teure Wohnungen nicht mehr leisten können und wollen,

keine Abstände / Belohnungen zahlen können und trotzdem ihren Bedürfnissen entsprechend leben wollen.

wir, eine Gruppe Wohnungsloser, haben jetzt ein Büro eröffnet.

Verursacher der Wohnungsnot ist nicht die Menge der Leute, die wohnen wollen. sondern skrupellose Spekulation und Bereicherung an unserer Not (siehe Leerstandslisten, die öffentlich bekannt und einsehbar sind und die Vorgeschichten).

WIR BRAUCHEN ZUNÄCHST:

sofortige Leerstandsöffnung über den Winter

möglichst kleinteilige Instandsetzungen, sodaß weiterer Leerstand verhindert wird

sofortige Zwischennutzung aller, in Sanierung befindlicher, Wohnungen, bis die Bauarbeiten fortgesetzt werden

verstärkte Ansiedlung in Stadtteile mit geringer Bevölkerungsdichte

Orientierung der Wohnungspolitik an den Bedürfnissen der Menschen, nicht an Profit und Massenschnellbauten!!!!!!

die Förderung kollektiven Wohnens mit Projekten in Häusern

keine Räumung bei Besetzungen, da die Wohnungsnot durch die Gewalt der Polizei nicht gelöst wird

nach 8 Jahren Leerstand
die Ohlauer 29 zurück, an die neuen BewohnerInnen

Selbstorganisation und Informationsaustausch

AL Alte Laberköpfe

Momp-bär go home!

KONTAKT IM NEUEN INFOBÜRO 029
EISENBAHNSTR. 15

DEMO GEGEN WOHNUNGSNOT UND FÜR KREATIVES ZUSAMMENLEBEN

DIENSTAG , 3 . 10 . 89 20^{00} h

AM MEHRINGHOF

WAS SIE SCHON IMMER ÜBER DIE STROMTRASSE WISSEN WOLLTEN UND SICH NIE ZU FRAGEN TRAUTEN...

Die Bewag soll ab Ende 1991 von der Preußen Elektra (Preag, Veba-Tochter und die Nr. 2 im Bundesdt. Stromkartell) über eine 380 KV-Leitung jährlich mindestens 825 Millionen kwh Strom beziehen. Das sind etwa 10 % des derzeitigen westberliner Strombedarfs. Einen Vertrag über diese Stromlieferungen haben die Bewag, die Preag und die DDR-Außenhandelsgesellschaft Intrac im März 1988 abgeschlossen. Der Preag-Strom (Atomanteil 1988: 76%) soll über eine Stromtrasse ab Herbst 1989 in die DDR und ab 1991/92 dann nach Westberlin fließen. Dabei bekommt die DDR ihren Strom von der Preag zunächst für den Bau der 380 KV-Leitung von Helmstedt nach Westberlin. Die geschätzten Kosten von 300-350 Millionen Mark teilen sich Bewag und Preag.

Die Bewag soll den Strom selbst zu einem Dumping-Preis bekommen. Die Rede ist von 8 Pf pro kwh. Das wäre etwa die Hälfte von dem, was vergleichbare Abnehmer in Westdeutschland an die Preag zahlen müßten.(taz 15.10.1988).Dabei sind allerdings die Nebenkosten nicht miteingerechnet. 25 Millionen Mark jährlich soll die Bewag für 20 Jahre an die DDR als Transitgebühr für den Stromtransport auf der Trasse zahlen (ca. 3 Pf pro kwh). Außerdem müßte die Bewag auch in Westberlin eine Trasse von der Grenze bis zum Kraftwerk Reuter-West legen, ein Vorhaben, daß je nach Auslegung 80-300 Milliomen Mark kosten wird (Tsp 1.4.1989). Mit der Trasse können also eine runde Milliarde an Nebenkosten für die Bewag anfallen.

Ziel der Preag ist es, mit diesem Vertrag die eigenen Atomstrom-überkapazitäten loszuwerden. Die Bewag kann mit dem Atomstrom Absatz, Umsatz und Gewinn erhöhen und unsinnigerweise weiter in den Wärmemarkt expandieren. Die Preag, die voll aufs Atom gesetzt hat, befindet sich in der Zwickmühle. Ihre AKW's in Schleswig-Holstein und Niedersachsen sind mehr oder weniger stark von existierenden oder abzusehenden SPD-Landesregierungen bedroht siehe z.B. taz 19.7.89). Viel schlimmer aber - der Stromabsatz, der die gigantischen Investitionen in die AKW's erst rentabel macht, geht zurück: Unter anderem weil in diesen schrumpfenden Markt ab 1992 auch noch die französische EdF drängt, die mit ungleich größeren Atomstromproblemen zu kämpfen hat.

Die Stromtrasse soll der Preag den Markt Osteuropa als Absatzgebiet für norddeutschen Atomstrom erschließen. Die Bewag spielt Geburtshelfer: Sie hilft beim Bau der für Westberlin völlig überdimensionierten Stromtrasse, für die vereinbarten Abnahmen täte es auch eine viel kleinere Trasse. Hintergrund des Deals: Die Veba-Tochter Preag ist mit 10% an der Bewag beteiligt, und der Veba-Chef Bennigsen-Foerder ist Aufsichtsratsvorsitzender der Bewag seit 1984. Zusammen mit dem Chef der Preag, Cramer, der auch im Bewag-Aufsichtsrat sitzt, hat er nicht nur den Vertrag eingefädelt, die beiden behielten auch gegenüber dem neuen Senat (Mehrheitsaktionär !) die Fäden in der Hand und verweigerten den Einblick in die Preisgestaltung des Vertrages. Hintergrund ist angeblich eine Meistbegünstigungsklausel der Preag für norddeutsche Kunden: Würden der Bewag Sonderkonditionen für den reinen Strompreis gewährt, müßte die Preag diese Konditionen auch ihren norddeutschen Kunden gewähren (ZEIT 23.6.89).

Aber B-F und die Veba spielen nicht nur diese Karte. Sie versuchen auch an anderer Stelle die SPD in einen energiepolitischen Konsens einzubinden. Dazu gehört der Ausstieg aus dem zu teuer gewordenen und politisch belasteten Wackersdorf (Preag-Anteil an der DWK 23%). Dazu gehören billige Gelder an schleswig-holsteinische EVU-s[x], mit denen diese als Gegenleistung für weitere Stromabnahmen bei der Preag Energiesparmaßnahmen finanzieren wollen. Dazu gehört aber auch der dezente Hinweis auf den Kohle-Jahrhundertvertrag. Der Veba gehören 40 % der Ruhrkohle (Aufsichtsratsvors.: Bennigsen-Foerder) und der Kohleverstromer Steag. Und siehe: Der Ruf nach einem neuen energiepolitischen Konsens verhallt nicht ungehört in Düsseldorf und Bonn (auch in der Baracke). Deutscher Atomstrom für Polen als Auftakt einer neuen Ostpolitik der Regierung Lafontaine ? ? ! ?

x Energieversorgungsunternehmen

CHRONOLOGISCHES :

- Im März 1988 wurde der Vertrag zwischen Bewag, Intrac und Preußen-Elektra unterzeichnet.
- Im Juni 1988 reicht die Bewag bei den Alliierten eine Planung für die 9 km lange innerberliner Stromtrasse durch Spandau zum Kraftwerk Reuter. Die Planung, die bis zu 70 m hohe Masten für die 380 KV-Leitung vorsieht, wäre nach bundesdeutschen Recht nicht genehmigungsfähig. Das weiß die Bewag, sie vertraut auf die Alliierten. Erst im Februar 89 erfährt die Öffentlichkeit, daß die Alliierten der Bewag schon am 29.November 1988 mitteilten, daß die Trasse nicht genehmigungsfähig sei. (Volksblatt 7.&8.2.1989)
- Inzwischen haben Diepgen und Co. trotz solche ricks die Wahl verloren. SPD und AL waren sich im Wahlkampf über die Ablehnung dieses Stromverbundes einig. Doch nun geht es der SPD nur noch um die Modifikation des Vertrages. Norbert Meisner schließt eine grundsätzliche Revision aus (Tagesspiegel 1.3.1989). Wirtschaftsenator in spe Mitzscherling hat sich in der SPD offenbar durchgesetzt. Das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen mit der AL ist entsprechend dünn. Man werde prüfen, ob der Vertrag neben der Versorgungssicherheit auch Energieeinsparung, rationelle Energieverwendung sowie eine rohstoffschonende und möglichst wenig belastende Stromerzeugungsstruktur "gleichrangig gewährleistet." "Gegebenefalls" werde der Senat darauf hinwirken, "den Vertrag zu kündigen oder entsprechend zu modifizieren".
- Damit sind die Differenzen nur überkleistert. Die SPD (zumindest die Mehrheit) möchte am liebsten nur noch die Trassenführung überprüfen. Der Vertrag sei bereits "rechtswirksam", unkündbar sozusagen, so Mitsscherling (Taz 12.5.89). Ein noch vom alten Senat in Auftrag gegebenes Umweltverträglichkeitsgutachten hatte inzwischen eine Trassenführung unter der Havel (Mehrkosten 40 Mill.) empfohlen, eine vollständig unterirdische Trasse würde die Kosten nach Bewag-Angaben von 80 Mill. auf 300 Mill. Mark erhöhen (TSP. 1.4.89).

- Ein im März vom Senat in Auftrag gegebenes juristisches Gutachten besagt bei seiner Fertigstellung im Juli, daß der Stromlieferungsvertrag nicht mehtr kündbar ist.
- In Spandau, durch das die Trasse führen soll bildet sich darauf das Bündnis gegen die Stromtrasse, dem die Al wohl aus schlechtem Gewissen 7000 Märker zukommen läßt.
- Innerhalb der AL wird eine Kompromißlösung ausgearbeitet,die vorschlägt,statt der 380KV-Leitung lediglich eine 110 KV-LEITUNG unter der Erde zu bauen.
- Am 13. 9. verweigert die Mitgliedervollversammlung der AL ihre Zustimmung zur Gesamten Stromtrasse und macht damit zumindest das Thema einer breiten Öffentlichkeit bekannt.
- Laut TAZ vom 25.9. verweigert die BEWAG sowohl den 110KV-Kompromiss als auch di3 Herausgabe konkreter Daten anhand derer dieser Kompromiß geprüft werden kännte.
- Es ist zu erwarten, daß die nächste AL-MVV am 30.9. einen Rückzieher macht, sobald die SPD-AL-Koalition gefährdet ist....

Theoretisch blieben dann noch die Möglichkeiten, der Bewagspitze direkt ans Leder zu gehen. Bei mangelndem Willen und mit nur zwei Aufsichtsratssitzen, die vom Senat besetzt werden, geht da allerdings nicht viel. Der alte Senat hatte drei ihm zustehende Sitze an befreundete Wirtschaftsvertreter abgetreten und von der Arbeitnehmerbank wird bisher wenig Zustimmung zu ökologischen Anliegen signalisiert. Dagegen hätte der Senat auf einer außerordentlichen Hauptversammlung der Bewag die Mehrheit und könnte sich weigern den Vorstand zu entlasten. Schließlich gäbe es noch die Möglichkeit der Bewag mit einem Konzessionsentzug für 1995 zu drohen - wirksam aber erst nach den nächsten Wahlen !!

BENNIGSEN-FOERDER, Rudolf von

Geburtsdatum: 2.7.1926

Vorsitzender des Vorstandes:
VEBA AG; seit 1971
Vorsitzender des Aufsichtsrats:
PreussenElektra AG
Nordwestdeutsche Kraftwerke AG (NWK)
(1985 mit PreussenElektra verschmolzen)
VEBA Oel AG
Chemische Werke Hüls AG (CWH)
Ruhrkohle AG; seit dem 27.6.1983
Stinnes AG
VEBA Glas AG
VEBA Kraftwerke Ruhr AG
Ruhrgas AG; bis zum 20.6.1979
Bewag AG; seit dem 12.12.1984
Gelsenwasser AG; 22.6.1978 - 29.6.1983
Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats:
Ruhrkohle AG; bis zum 27.6.1983
Mitglied des Aufsichtsrats:
Bewag AG, 13.12.1982 - 12.12.1984
Hapag Lloyd AG
Fried. Krupp GmbH
Salzgitter AG
Allianz AG Holding; seit dem 27.6.1985
Allianz Versicherungs-AG
Beirat:
Hochtief AG
Deutsche Bank AG (Beraterkreis der Gesamtbank)
Deminex GmbH (1977)
Gerling-Konzern (1977)
Präsidiumsmitglied:
Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V.
Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
Mitglied:
CDU
Auszeichnung:
1976 Großes Bundesverdienstkreuz
1986 Ehrendoktor der Universität Essen

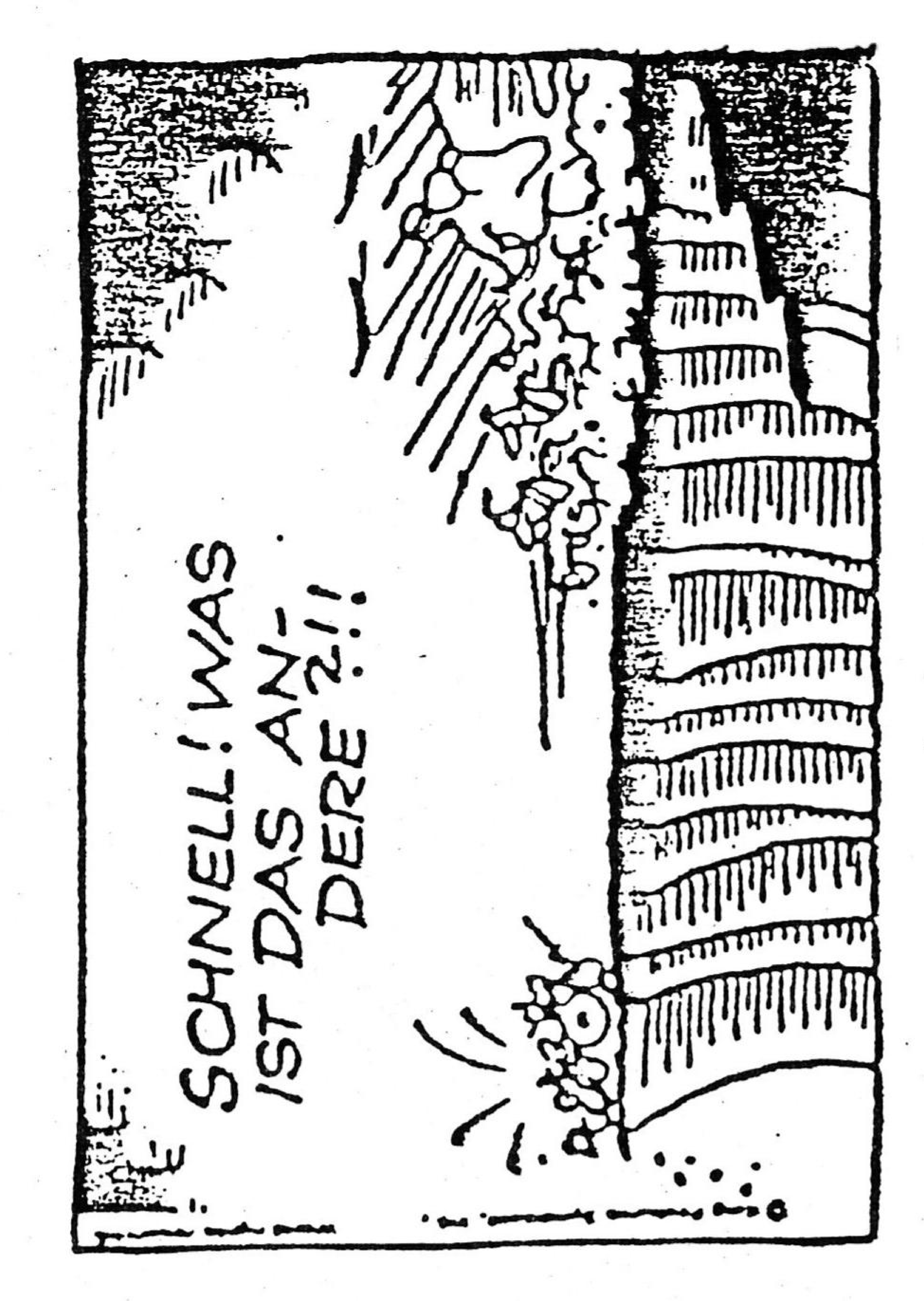
BIOGRAPHIE: Bennigsen-Foerder begann als Beamter in der Bonner Vermögensverwaltung (1957 im Bundesfinanzministerium).
Er kam 1959 zur VEBA, wurde 1965 mit Generalvollmacht ausgestattet, 1968 Vorstandsmitglied und 1971 Vorsitzender des Vorstandes der VEBA.
HINWEIS: Die →VEBA AG wurde seit 1983 verstärkt privatisiert. Es ist abzusehen, daß bald keine öffentlichen Aktionäre mehr an der VEBA beteiligt sind.
Die VEBA hat über 500 Tochterunternehmen. Im Atombereich sind die →*PreussenElektra AG* und →*Steag AG* die wichtigsten.
Seit 1929 gehört *PreussenElektra* zum VEBA-Konzern. 1985 stammte der *PreussenElektra*-Strom zu fast 70% aus Atomkraftwerken. Sie betreibt allein oder mit der →*Hamburgische Electricitäts-Werke AG* (HEW) die AKWs Stade, Würgassen, Brunsbüttel, Unterweser, Krümmel, Grohnde und Brokdorf. Außerdem ist *PreussenElektra* an der *Uranit* und an der *Urangesellschaft* sowie indirekt an der →*Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen* (DWK) und an der *Nuklear Haftpflicht* GbR beteiligt.

→*Krupp* ist nicht nur ein Synonym für Waffenschmiede und Kanonenbau, *Krupp* ist auch ein wichtiger Name in der Atomwirtschaft. Die *Krupp Stahl AG* fertigt verschiedenste Spezialstähle für die Atomindustrie.
Die bundeseigene →*Salzgitter AG* ist Mutter der →*Noell GmbH*, die praktisch am Bau aller bundesdeutschen AKWs beteiligt ist.
Der *Allianz-Konzern* und die *Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft* zählen zur Gruppe der marktbeherrschenden Versicherungen in der Bundesrepublik. Beide Unternehmen sind jeweils zu 25% aneinander beteiligt und haben diverse gemeinsame Beteiligungen. Die Allianz-Gruppe ist an einer Reihe von Firmen der Atomindustrie direkt oder indirekt beteiligt.

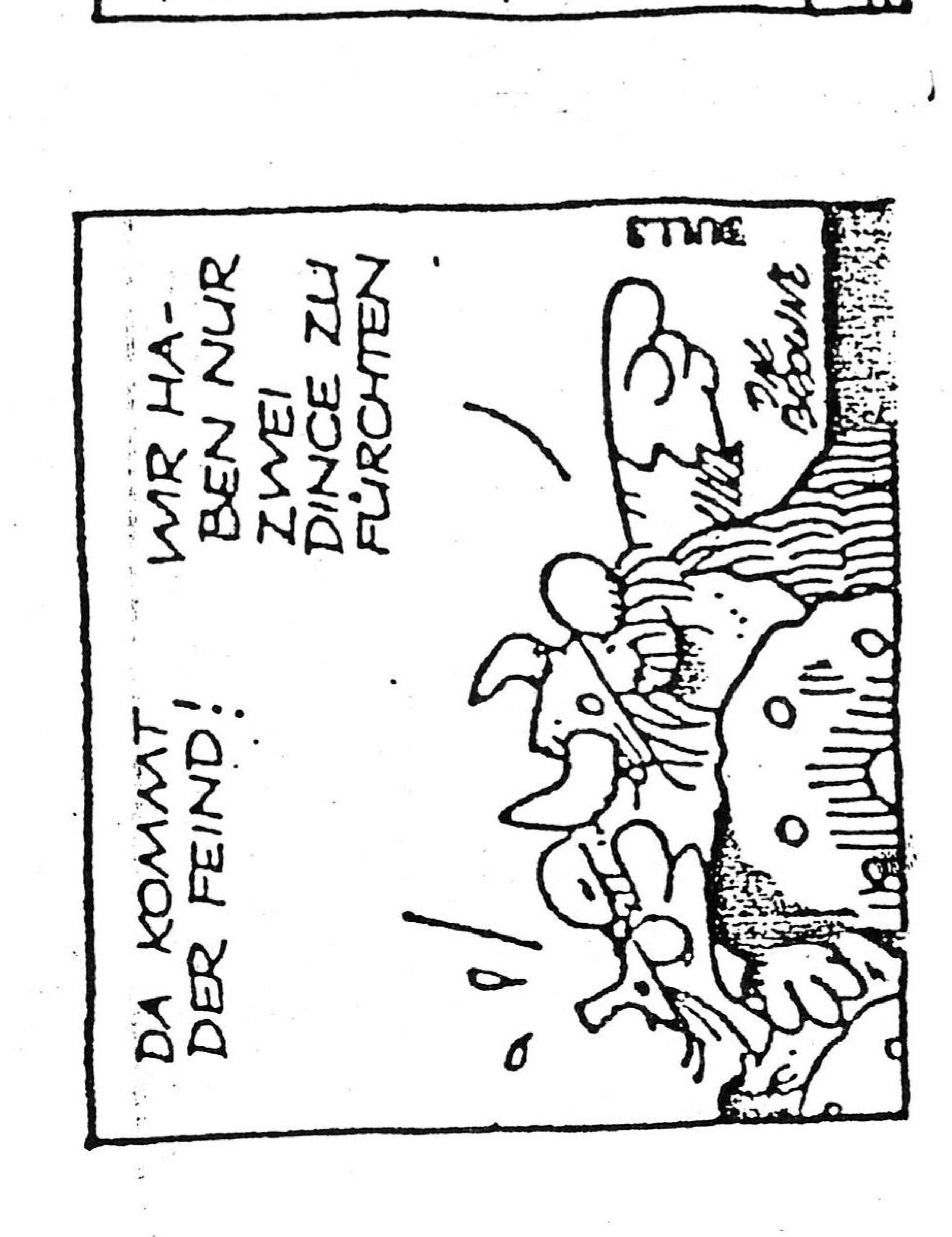
Die →*Hochtief AG* war am Bau fast aller bundesdeutschen Atomkraftwerke beteiligt. Als Bauunternehmen liegt *Hochtief* auf dem zweiten Platz hinter *Philipp Holzmann*. Schon seit den zwanziger Jahren ist →RWE am Aktienkapital der *Hochtief AG* beteiligt.
Die →*Deutsche Bank AG* ist die Nummer eins im bundesdeutschen Kreditgewerbe. Sie gehört zu den mächtigsten Banken der Welt. Für die großen Unternehmen der Republik läuft kaum ein großes Geschäft, auch kein Atomgeschäft, ohne die *Deutsche Bank;* der Kreditausschuß der Bank behandelt die wichtigsten Finanzierungsfragen dieser Republik. Besonders enge Beziehungen pflegt die *Deutsche Bank* mit RWE.
ZITAT: »Die Kostenvorteile der Kernenergie verbleiben nicht im Unternehmen oder bei dessen Aktionären, sie werden an die Stromkunden weitergereicht.« (*Natur*, 11/86)
KOMMENTAR: Der noch in den siebziger Jahren knallharte Atombefürworter Bennigsen-Foerder, der z.B. Aktionen von Atomkraftgegnern als vom Osten bezahlt bezeichnete, gibt sich in den letzten Jahren zunehmend moderat.
Im Oktober 1986 nahm Bennigsen-Foerder zur »Energiepolitik nach Tschernobyl« Stellung. Er behauptete, daß es von Seiten der Aktionäre (also in der Vergangenheit auch des Staates) nie den Versuch gegeben habe, die Energiepolitik der VEBA zu beeinflußen – und vergißt dabei, daß der Einstieg in die Atomenergiepolitik der VEBA auf Wunsch der Regierung erfolgte. Bennigsen-Foerder möchte in Zukunft – dem allgemeinen »Konsens« entsprechend - nicht nur die langfristige Sicherung der Energieversorgung anstreben, sondern auch »den Faktor Natur in die Wirtschaftsordnung« einbeziehen. Er ist der Meinung, daß ohne gesicherte Energieversorgung unsere demokratische Gesellschaftsform nicht mehr zu halten sein wird. Die Probleme eines Ausstiegs aus der Kernenergie sieht er nicht in technischen Problemen, sondern in den politischen Risiken durch eine (angebliche) Abhängigkeit von Ölländern.

Geschätzte Atomtantiemen (1985):
630.000 DM (VEBA, PreussenElektra und Salzgitter)

aus:
Wer mit wem
(in der Atomindustrie)
Verlag 2001
1987
S. 40/41



EINS IST DIE SELBSTÜBERSCHÄTZUNG...



AUTONOME INTERESSENVERTRETUNG
FÜR
IN- & AUSLÄNDISCHE GEFANGENE
DER TEILANSTALT III DER JUSTIZVOLLZUGSANSTALT/TEGEL

ANSPRECHPARTNER: Wolfgang Rybinski

SEIDELSTRASSE 39/TA III
1000 BERLIN 27

,den 29/09/1989

OFFENER BRIEF
-FÜR ALLE MEDIEN IN DIESER STADT-BERLIN-

Die autonome Interessenvertretung der Justizvollzugsanstalt/Tegel -der Teilanstalt III-nimmt wie folgt zu dem Artikel in der TAZ auf Seite 15 vom 27.September 1989

"..... solange die Welt bleibt,wie sie ist....."

Stellung:

Es geht um den uns gut bekannten Italiener Luciano B.,dem wir nur das beste Zeugnis ausstellen können.

Die Tatsache,daß die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin sowie die 27.große Strafkammer des Landgerichts Berlin ein solches FEINBILD im Kriminalitätsbereich zu erkennen glaubt, wirkt erschrekken auf uns.

Wenn man einen Menschen in einen Hundezwinger (den sogenannten"Stube u.Küche")einen totaler verwahrlosen Absonderungszelle sperrt und ihn zum Tier erzieht,dann benimmt dieser Mensch sich automatisch auch wie ein Tier. Das und nichts anderes hat man mit diesem Mensch (Italiener gemacht.
Auch darf man nicht anderes vergessen,das man diesen Italiener , Luciano B.,bereits schon wieder ein Jahr lang unter menschenunwürdigen Haftbedingungen in der sogenannten "Stube u.Kücke"(hergestellt: wie einen Hundezwinger darstellt) der Station:B1 in der Teilanstalt III ,der Justizvollzugsanstalt/Tegel gefangen hält und sollte sich Gedanken darüber machen,daß man diesem Menschen die totalen menschenunwürdigsten Lebensbedingungen aufzwingt, die man sich überhaupt nur denken kann und die mit nichts auf der Welt zu rechtfertigen sind.

Auch sollten jene,die ihm solche himmelschreienden Haftbedingungen zumuten,sich erst einmal davon überzeugen,was für unmenschliche ,was für unzumutbare Anordnungen sie treffen,bevor sie einen Menschen in eine solche Hölle stecken,wie sie die sogenannten "Stube u.Küche" als einen Hundezwinger darstellt.

Daß man dann noch hingeht und von RESOZIALISIERUNG im Tegeler Voll - zug spricht,geht dann nun doch ein bißchen zu weit,spricht es doch jegliche Realität Hohn.

Nun ist es gerade der Teilanstaltsleiter Müller aus diesem Haus III der Justizvollzugsanstalt/Tegel ,der auf einen Seite das Wort "RESOZIALISIERUNG bei jeder sich ihm bitten den Gelegenheit in den Mund nimmt,auf der anderen Seite aber einen VERWAHRLOSVOLLZUG praktiziert der wie der Fall des Italieners zeigt,auf DESOZIALISIERUNG und WILLKÜR ausgerichtet ist. Dabei bedient er sich noch anderer Praktiken, jener der gegenseitigen Bespitzelei und animiert noch die Gefangenen, solch schmutzige Spitzeldienste zu tun,wobei er billigend in Kauf nimmt,daß Gefangene untereinander sich zusammenschlagen und dadurch sogar Tötungsdelikte ja direkt heraufbeschworen werden.

Tag/täglich ereignet sich ein Fall gleichgelagert mit dem des Italiener.

Am 21.ds.Mts. verbrachte man zwangsweise einen Gefangenen von der Teilanstalt II in die Teilanstalt III der hiesigen Justizvollzugsanstalt/Tegel unter Einsatz von 6 Justizbediensteten.

Es handelt sich um den Mitgefangenen HÖTTE aus der Teilanstalt II, der sich gegen die Zwangsverlegung wehrte.

Als man ihm in der Teilanstalt III brachte unter Zwangsanwendung, war dieser Gefangener schon mit Verletzung in der Teilanstalt III angekommen und den Gefangenen (genau wie den obengenannten Italiener in den dreckigen Loch (Stube u.Küche)der darstellt:wie einen Hundezwinger.
Der Gefangener HÖTTE versuchte,die wenigen einem Gefangenen zugestandenen Rechte geltend zu machen,gab der von ihm in dieser Sache angesprochene Vollzugsdienstleiter FREY u.den Gebhard aus der Teilanstalt III,der Justizvollzugsanstalt Tegel zu verstehen,daß er die Wahl habe,freiwollig in die PN-Abteilung mitzukommen oder mit gewalt dorthin gebracht zu werden.

Offensichtlich wehrte sich der Gefangener HÖTTE sich jedoch dagegen, denn ca. um 12,45Uhr stürmten Vollzugsbediensteten mit Schrime seinen Hundezwinger (die sogenannten "Stube u.Küche-Zelle" der Station: B1 der Teilanstalt III der Justizvollzugsanstalt/Tegel schlugen auf den hilflosen Gefangenen HÖTTE ein,traten auf ihn und fügten ihm weiteren Verletzugen zu.
Dann brachte man ihn ubter Gewalt/,mit den schweren Verletzungen,/ in die PN-Abteilung,der Justizvollzugsanstalt Tegel.

Blutspuren auf den Gängen der hiesigen Teilanstalt III der Justizvollzugsanstalt/Tegel (von der Station: B1 über die Station:A1)bis zum Ausgang zur PN-Abteilung der hiesigen Justizvollzugsanstalt Tegel erkennbar.
Sind stumme Zeugen auf welche Weise diese Verbringung des Gefangenen HÖTTE sich vollzog.
Vor der PN-Abteilung traten man dann noch mit Füßen von den Bediensteten auf diesen Gefangenen HÖTTE ein,obwohl er schon sehr stark verletzt war.

Was jedoch dann geschah,konnte bis heute noch nicht geklärt werden.

Ein Mitgefangener schaltete daraufhin einen Anwalt ein,um nach dem Schwerverletzten Gefangenen HÖTTE zu sehen,doch auch hier liegen uns keine weiteren Informationen vor,ob dies geschah oder nicht.

Die Schikane dieses Teilanstaltsleiter MÜLLER aus diesem Haus III und seiner Handlanger gehen weiter,heute ist es der kleine Italiener,und morgen ein anderer Mitgefangener (wie dieser Gefangener HÖTTE.)

Heute ist Blut das fließt,morgen ist es der Tot,der die Reihe der in-&ausländische Gefangene lichtet,wenn man zulässt,daß der Teil - anstaltsleiter MÜLLER der Justizvollzugsanstalt Tegel und Konsorten ihr schmutziges Handwerk weitertreiben können.

Es wird Zeit,diesem unhaltbaren Zustand ein Ende zu setzen,bevor es zu spät ist,bevor noch mehr Unheil angerichtet wird.

Mit freundlichen Grüßen,
die autonome Insassenvertretung
der Teilanstalt III der Justizvollzugsanstalt Tegel

Verteiler an: Verlag"schwarzen Seele" Bln.- Sfbe at-
Professor Dr.Jutta Limbach
-Senatsverwaltung für Justiz-
Alternative Liste
Albert Eckert





september 1989

es gibt viele gründe,alles beim alten zu lassen -
und nur einen einzigen doch endlich etwas zu verändern:
du hälst es einfach nicht mehr aus!

(hans curt flemming)

an
INTRIM
gneisenau-str. 2 a
1ooo berlin 61

liebe leute,vom zeitungskollektiv;

eigentlich wollt ich mich da in ne öffentliche auseinandersetzung gar nicht mehr einklinken - doch fällt es schwer,die schnauze zu halten,wenn man da mit so ner selbstarroganz konfrontiert wird - wo einige wirklich meinen, die weisheit mit dem schaumlöffel gefressen zu haben!
im grunde hat sich in den letzten jahren nicht viel geändert,zwar die form an gewissen erklärungen,was aber nichts am fakt ändert - weil eben ne gewisse gruppierung nur einen besitzanspruch kennt - erst sie selbst,dann ne weile gar nichts und dann mit ner "kritik" in die bresche zu hauen,wo sie selbst,jegliche selbstkritik hinten anstellen!

der umgang unter einander sollte einem schon die schwächen klar machen,mit denen wir hier drin umgehen müßen - nur in eine linie darf gedacht werden - nach dem motto,wer nicht für uns ist,der ist gegen uns;
dann kommt die anpisserei von counterschweine,opportonistentum usw....
pah,es ekelt einen an,es ist schlichtweg zum kotzen!

für mich sind diese reaktionen nichts neues,weil es mich an gewisse parallelen zu mir selbst und meinen eigenen erfahrungen erinnert - und ein insider weiß,von was ich spreche,weil ich es in meiner erklärung damals, im april 1985 auch zum ausdruck gebracht habe!

wo ist denn da das pol.-bewußtsein,von denen,die es haben wollen?
aber ganz klar,ich wurd ja auch als der bezeichnet,der von allem nichts begriffen hat,der sich immer wieder selbst zu nem bankräuber herrunter reduziert -
so ne selbstarroganz ist wiederlich und macht traurig zu gleich!
schlimm wenn auf gefangene beispiele gemünzt werden,die vor ner rebmannslinie nicht gestopt werden;
also ehrlich gesagt,der brief von christa sagt nicht viel aus - nur eins, das sie auch diffamiert,was sie susanne zum vorwurf macht!
warum können unterschiede nicht diskutiert werden,fehler beglichen werden, wo mit sicherheit n i e m a n d schwächen von sich weisen kann - warum wird untereinander nicht menschlich umgegangen;
wo jeder/e diesem monster knast eh ausgeliefert ist,der eine mehr,der andere weniger -
so ist es auch mit den kräfteverhältnissen,der eine hat mehr,die anderen weniger!
aber ist es da nicht geboten,das die stärkeren den schwächeren helfen sollten,als ihnen noch von oben eins rüberziehn?
aus mancher sprache spricht die gewalt,was jedem schwachen angst machen muß so wird es nie zu einem zusammenhalt kommen - weder draußen noch drinnen!
und ein patentrezept hat niemand,weils sonst schon längst gefunden were!
wem nützen denn da so großspurige parolen,wo ist denn da die entwicklung im knast - so kanns nicht stehen gelassen werden,weils verlogen ist,weil über

die gemachten fehler geschwiegen wird -.
somit gibts auch in den eigenen reihen der RAF verschiedene positionen, die hin bis zu spaltungsprozeßen geführt haben!
analysiert mal aus früheren streiks, was da abgegangen ist - wo wird denn von den gefangenen gesprochen, die sich mal an nem HS beteiligt haben, die den schwanz einzogen und wieder verschwunden sind?
warum sind sie verschwunden, was ist aus ihnen einzelt geworden - aber daß interessiert euch keinen deut - ihr sprecht über das jetzt, nur wie lang sprecht ihr überhaupt schon darüber?
zu den gefangenen in der BRD gesamt - ist es in nem streik doch nur nen tropfen auf dem heißen stein - und ich find es schon fürn arsch, wenn ich hör, pol.-gefangene und sog. soziale gefangene, was hat denn "sozial" für ne bedeutung?
im knastterrain kommts auf das bewußtsein h i e r und j e t z t an und da hat es schon immer rebellierende gefangene gegeben, selbst schon da, wo von der RAF noch keiner im knast war - somit brauch man den täglichen kampf auch nicht zu lernen, weder hier drin, noch draußen in den strukturen, in den metropolen, da wo arbeitslosigkeit herrscht, im widerstand, im häuserkampf usw. - da sind die menschen mit nem bewußtsein - zu denen zähl ich auch mich, der unbelehrbare, kriminelle bankräuber, der nach meinung gewisser anti-imps nichts begriffen hat;
der aber heute nach 16 jahren noch genauso kämpft, der auch noch existiert, auch wenn er für euch in der schublade verschwunden ist!
doch seit ihr es nicht, die den dialog vorschreiben, diesen dialog findet jeder/e für sich, die dem kampf ausgesetzt sind und die bereit zum kämpfen sind!
wenn ihr da nicht endlich was für euch begreift, es auf die masse entwickelt, werdet ihr immer ne begrenzte gruppe sein - und wir sind alle dem machtapparat ausgeliefert hier drin und ich quatsch nicht daher, weil ich weiß, wie zerstörerisch diese bestie knast ist, weil es nichts gibt, was ich nicht am eigenen leib erfahren hab - obs b-zellen, bunker ist, obs zusammenknüppeln von rollkomandos sind, obs ein HST ist, oder jahrelange isolation, ich hab davon jeden einzelnen stich selbst kennengelernt und bin auch heute noch in keiner resoscheißerecke zu finden!
wie stark könnten wir sein, wenn wir gefangene mit nem bewußtsein uns zusammen tun...............nur ist es so gewollt von den gefangenen aus der RAF? wenn ja, warum geht ihr, die mit dem pol.-bewußtsein nicht auf die gefangene zu;
nicht nur die gefangenen müßen was erklären - auch ihr müßt erklären und endlich mal nen dialog vorlegen, was ihr wirklich wollt, was wir gemeinsam wollen und nicht nur nen "teilerfolg", was dann am ende nur euch betrifft, nämlich die gefangenen aus der RAF!

was ist denn mit den gefangenen die in den HSTs dahin vegetieren;
sie sind gefüllt mit sog. querulanten, denen, den man organisiertes verbrechen zur last legt, den schwerkriminellen, die, denen erhöhte fluchtgefahr vorgeworfen wird - da werden auch heute noch fx freunde von mir, sei es in bielefeld oder köln niedergemacht - doch da wird nix zu gesagt;
bei den kundgebungen in köln vor dem knast, da kam kein gruß an die leute rüber, sondern selbst da war die solidarität nur begrenzt!
wisst ihr wie das wirkt? warum sollte sich da nen gefangener üebrhaupt an dem sog. "kampf" beteiligen?

ich kann aus mutlosigkeit, verzweifelung und enttäuschungen, aus den briefen von susanne und silvia vieles nachvollziehn - weil ich darauß parallelen zu mir selbst erkenne - weil ich aus meinen eigenen erfahrungen genauso unter enttäuschungen zu leiden habe - und mit sicherheit kennt dies nicht nur jemand ausem knast, sondern auch draußen sind diese ausgrenzungen bekannt und manchmal können worte schlimmer verletzen, als es je ein messerstich in der lage were und manchmal ist euere sprache m e h r als verletzend!!!!
vorallem strotzt ihr von einer selbstarroganz, die ekelig ist!
auch wenn einige schweigen, resignieren, ich sag es euch dennoch, weil ich noch

- existenz bin und noch die energien habe,um mich da auch noch einmal
einmachen zu lassen!

doch soll susanne und silvia wissen und spüren,das sie nicht allein sind,
das es immer welche gibt,die bereit zu diskussionen und auseinandersetzung-
en sind,auch über schwächen und fehler - die von der RAF von sich gewiesen
werden!
doch die RAF ist nicht die revolution und nicht die,welche veränderungen
und denkprozeße im knast vorrantreiben - hierzu wird j e d e r rebellier-
ende mensch seinen beitrag zu leisten und vielleicht erfüllt sich die
hoffnung noch,das w i r zu einer gemeinsamen einheit/kraft werden,die die-
se veränderungsprozeße in bewegung bringen - ich wünsch es mir!

welchen besitzanspruch nimmt denn da das infoplenum in HH für sich in an-
spruch,die da den "richter" über gut und böse miemen,diktieren sie den
dialog zu ner diskussion,wird da ne richtlinie zu ner auseinandersetzung
vorgeschrieben?
wollen sie bestimmen,was veröffentlicht wird und was nicht?
wenn susannes und silvias briefe ihnen probleme machten - macht der brief
von christa ihnen kein problem? was ist denn das für ne arroganz?
es haben sich einige plenums gegründet werend des streiks,das es diese
menschen gibt,ist nur zu begrüßen,doch sind auch da mit sicherheit,verschie-
dene politische standpunkte und strömungen zusammen gekommen,das ist nur
normal,wenn sich mehrere menschen/meinungen zusammen tun - doch was ist los
- habt ihr angst,befürchten zu müßen,an dieser auseinandersetzung,ausein-
anderzubrechen?
was taugt denn da eine einheit,die solche widersprüche nicht austrägt und
aushält???

histerie und gegenseitige diffamierungen hauen nicht hin,weil ne spaltung
nicht das ende sein kann und darf -
sondern jetzt jeder/e nen ansatz machen sollte,um in ne diskussion zu kom-
men,daß ne auseinandersetzung geführt wird,ohne nen anderen zu verletzen
und die muß auch am anfang gar nicht öffentlich ausgetragen werden,die kann
auch untereinander laufen;
wo mensch,typ und frau,es untereinander austragen/ausfigthen kann,wo schw-
ächen und fehler offengelegt werden und nen konzept entwickelt wird,die in
keine kleingruppe führt,sondern von dem jeder ~~xxxxxxxxxxx~~ rebellierende
mensch profitieren kann;
indem wir die strukturen im knast ein wenig einreißen!

also haut rein......auch wenn mir det maul verboten wird und vielleicht
auch jetzt mies über mich abgezogen wird,ich vertrag es,ich kenn die sp-
rache,was aber keinen milimeter an meinem selbstbewußtsein abbröckeln läs-
st und da verdank ich vielen von euch ne ganze menge und vereinzelnen nen
bischen mehr............
will da keine namen im einzelnen anführen,denke,daß die,die ich hier meine,
eh wissen,wen ich meine -
und verdamt noch mal,ich hab euch noch genauso lieb und in diesem sinne,
grüße ich euch auch a l l e mit ner ganz dicken faust!!!
und noch watt - es gibt viele trittbrettfahrer,die gern die großen worte
der revolution erklingen lassen,doch geht meißt denen zuerst die luft aus
(alles schon dagewesen und kennengelernt,det sind meine erfahrungen)
- aber der olle brecht hat schon richtig erkannt:
"die schwachen kämpfen nicht.
die stärkeren kämpfen vielleicht eine stunde lang.
die noch stärker sind,kämpfen viele jahre. aber die stärksten kämpfen ihr
leben lang. diese sind unentbehrlich!"
in diesem sinne,ganz liebe grüße,auch an die ausländischen mitgefangenen
und besondere grüße an die,die mich kennen! liebe und hass!

artikel von andreas semisch
august '89

DIE KÄMPFENDE, ILLEGALE STRUKTUR - WAFFE DER KRITIK, ODER KRITIK DER WAFFEN?

"leute, die die möglichkeit des abhauens hätten, würden eher mehrere jahre in den "sicheren" knast gehen, als sich auf eigene, illegale strukturen verlassen zu müssen". (aus: die entwicklung revolutionärer gegenmacht läuft (mindestens) dreidimensional - im swing nr.8/9) *
der begriff "sicherer knast" als ungewollte zynische zuspitzung trifft in diesem zusammenhang dennoch den kern. der folgende text ist von daher nicht als kritik, sondern vielmehr die (notwendige) ergänzung mit dem ziel, darüber die auseinandersetzung weiterzuführen. eine auseinandersetzung, die unter diesem teilaspekt für uns alle in der zukunft von einiger relevanz sein wird, wenn wir die fragen und die suche nach den antworten, möglichkeiten bezüglich der vielbeschworenen 'revolutionären perspektive' wirklich ernst meinen.
das tiefe mißtrauen "sich auf eigene, illegale strukturen verlassen zu müssen" nährt sich aus dem wissen, daß diese struktur bestenfalls rudimentär oder überhaupt nicht vorhanden ist. eine illegale struktur ist mehr als nur ein fluchthilfeunternehmen und (oder) der aufbau eines (relativ sicheren) standplatzes im exil für den/die betreffenden. genau dieses "mehr" ist es jedoch, was (noch) fehlt. blicken wir zurück auf die jüngste vergangenheit, auf die verhaftungs- und repressionswellen gegen die startbahnbewegung, gegen die rz/ rote zora ein paar wochen später: einige menschen, die sich entschlossen bzw. dies noch konnten, sich dem staatlichen zugriff auf dauer zu entziehen, sind jetzt also"illegal!' (liebe grüße....)
die problematik dieser entscheidung liegt immer darin, daß sie -oftmals- nicht selbst- sondern fremdbestimmt ist. es sei denn, diese möglichkeit sich offenzuhalten, ist fester, integraler bestandteil der jeweiligen politischen praxis. aber auch in diesem fall gilt der unterschied zwischen theorie und praxis ebenso, wie der widerspruch zwischen dem selbstgewählten anspruch und der wirklichkeit. oft ist die entscheidung welche dein gesamtes, künftiges leben verändert, in wenigen minuten zu treffen. du hast nicht einmal mehr zeit dir ein paar sachen mitzunehmen, ein foto...erinnerungen... . du mußt dies alles sogar zurücklassen, wenn du nicht andere mitreinziehen willst. das gefühl ist das der vollkommenen isolation und der beginnenden fremdheit - ähnlich wie bei denen, die verhaftet werden und in den knast gehen müssen. in dieser phase bedeutet illegalität erstmal den bruch mit allem, was dir lieb und teuer ist;vielleicht für immer. die frage, die du dir stellen mußt ist, ob du das wirklich willst. in der momentanen situation ist diese illegalität exil auf längere zeit. eine kämpfende struktur heißt,

* juli/august '89

daß sich die genoss/innen in der metropole brd bewegen und agieren müssen. .. heißt die verbindlichkeit auf allen ebenen, und nicht als anspruch, sondern als fakt...heißt die nähe der menschen in ihrem verhalten zueinander/ füreinander, spürbar und erfahrbar, ebenso, wie ihre diskussionen um die -angestrebte- umsetzung im täglichen leben. also all das, was in der autonomen szene immer noch mangelware ist. die struktur zu wollen heißt erstmal gar nichts.
notwendigkeiten - da gäbe es viele: die, illegal zu denken und zu reden, und das heißt, nicht vom feind erreichbare diskussionen zu führen.
"revolutionäre gegenmacht" ist vor allem die fähigkeit zu lernen gesellschaft zu denken, und zu leben. legal, illegal, verbindlich.
es gibt keine delegierung von interessen und kampfformen. die kämpfende, illegale struktur sind wir alle - oder aber es gibt sie nicht (und so wird sie immer illusion bleiben).
vorraussetzung, diese illusion wahr werden zu lassen, wäre nicht nur die oft zitierte notwendigkeit einer größeren sozialen verankerung militanter praxis, sondern auch deren orientierung auf die erreichung gesellschaftlicher nahziele hin. damit meine ich nicht dieses oder jenes projekt zu be- oder verhindern, den eintausch von einer teilbereichsbewegung durch die andere. diese phase ist endgültig abgeschlossen. imperialistische herrschaftsstrukturen und interessen werden nicht nur immer komplexer, sie durchdringen auch fortwährend verstärkter alle bereiche des gesellschaftlichen lebens, entgegengesetzt unserem existenziellen lebensinteressen hier in der metropole. die "europäisierte" variante dazu ist der kommende eg-binnenmarkt, die angleichung einer sozial- und innenpolitik über nationale grenzen hinweg, und als vorreiter dazu dient die vereinheitlichung einer "europäischen" asyl- und flüchtlingspolitik und die der fahndungs/ repressionsapparate, und im innern ihr rigoroses reinschlagen in alle ansätze selbstbestimmten handelns (häuser, zentren, veranstaltungen, zeitungen), um ja nichts hoch kommen zu lassen.
der offene rassismus als instrument der klassenspaltung nach innen wie nach außen wird durch parteien wie die republikaner auch für die breiten massen zugänglich und hoffähig gemacht. der dumpf brutale fremdenhaß feiert fröhlich ...und sucht sich seine opfer auf der straße. er begegnet uns z.b. in der jagd nach drogen - farbige menschen müssen sich öffentlich ausziehen, unter aufsicht der bullen und unter beifall der umherstehenden. wann kommt die polizeilich inszenierte und legitimierte lynchjustiz? es zeigte sich in stuttgart, wo zwei zu tode gekommenen bullen doch nur opfer ihrer eigenen gewaltlogik geworden sind. die jagd nach einem farbigen schwarzfahrer....
dieser haß; du begegnest ihm in den bierseligen vereinsgesichtern, aber

auch in den versteinerten fratzen der asylrichter und anderer schreibtischtäter; in den amtsstuben, gerichtssäälen, vorstandsetagen. sie wissen, was sie tun.
eines der gesellschaftlichen "nahziele" muß sein, diese tendenz zurückzudrängen, die verantwortlichen zu strafen. die nahziele jedoch sind auch die terrains die wir brauchen, um aus ihnen weiter agieren zu können.das kann die durchsetzung von häusern und zentren ebenso sein wie die zl selbstbestimmter gefangenengruppen, oder der aufbau (illegaler) kommunikationsstrukturen. ein nahziel könnte auch sein, das freie aufenthaltsrecht für flüchtlinge und immigrant/innen zu erkämpfen, auf allen ebenen. dazu gehört der austausch und die zusammenarbeit mit anderen widerstandsgruppen in westeuropa und international, nicht von"oben" relegiert, sondern von unten organisiert, unter uns und mit ausländischen genoss/innen. -draußen und im knast, überall, wo du stehst-. solidarität ist ein kampfbegriff.
die kämpfende, illegale struktur ist kein selbstzweck, sie ist mittel und waffe der (gesellschaftlichen) kritik. militante politik hat die aufgabe die "geschichte" anzustoßen, jedoch nie, um belehren zu wollen, denn daran ist schon mehr als eine revolutionäre bewegung gescheitert. sie muß immer wieder den finger in die offene wunde des imperialismus legen, um bewußtseinsprozesse in gang zu setzen, die den staatstragenden konformismus zum abbröckeln bringen. das kann alles sein, ein flugblatt, eine veranstaltung genauso wie eine militante aktion. eine wertigkeit der formen würde den gesellschaftlichen prozeß und die politischen prozesse unter uns überflüssig und ersetzbar machen. die strukturen an der repression zu reden ist nur technisch. die entscheidung abzutauchen muß bzw. sollte auf ein politisches ziel hin orientiert sein.
du mußt wissen, was du in zukunft unter diesen bedingungen wirklich machen willst, und kannst nicht darauf warten, daß sich das später im exil irgendwie von selbst finden wird. die konsequenz darin wäre die innere emigration als zwangsläufige fortsetzung der äußeren, und das kann ziemlich bitter sein: "unter dem einfluß verschiedener unklarer gefühle, des bewußtseins ihres verrauschenden lebens und des verlangens nach etwas neuem waren sie bis an eine gewisse grenze vor gegangen, und als sie über diesen raum noch einen blick warfen, hatten sie drüben zwar keinen abgrund, aber die leere oder die häßlichkeit gewahrt".
eine"ziellose"flucht führt genauso zur selbstzerstörung wie ein fatalistisches absitzen im knast. auch wenn der impuls (zur flucht) berechtigt ist: angst darf nie das ausschlaggebende moment dafür sein, denn dann bist du nur noch objekt staatlicher begierde. eine angst ist die mutter der resignation. aufgabe einer struktur ist es auch, die politischen menschlichen beziehungen zu festigen, sowie die gewaltverhältnisse unter uns, zwischen männern und frauen, konsequent zu entlarven und zu bekämpfen. jede form des sexismus ist konterrevolutionär, auch diejenige, die in der szene immer noch insgeheim sanktioniert wird. der kampf von männern gegen diese verhältnisse wird in dieser phase natürlich erstmal ein widersprüchlicher sein, sind sie doch die objektiven und subjektiven nutznießer des ganzen. aber ohne geht es nicht, die gefestigte widerstandsszene als vorraussetzung gefestigter widerstandszellen funktioniert nicht in abwesenheit des vertrauens und dem unbedingten willen, patriarchal geprägtes rollenverhalten aufzubrechen - die verhältnisse zum tanzen zu bringen.
und wer die frage nach der struktur/ illegalität/ flucht/ exil nur unter dem blickwinkel der repression betrachtet, trennt sich selbst von der bewegung, von außen nimmt er die problematik nur noch unter dem maßstab der funktionalität wahr. er denkt nicht aus der bewegung heraus und seine revolutionären phantasien muß verkümmern.
die entscheidung, nicht in's exil zu gehen, kann auch bedeuten, daß man mehr will als eben dies.

Derzeitige Haftsituation für Ali Jansen lebensbedrohlich

Gegen Bernhard Rosenkötter, Michael Dietiker und Ali Jansen wurde von Januar bis Juni 1989 vor dem 5. Strafsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt verhandelt.

Die Anklagepunkte waren:

- Brandanschlag auf eine Renault-Niederlassung im Zusammenhang mit dem Hungerstreik der Gefangenen aus Action Directe im Winter/Frühjahr 1988.
- Mitgliedschaft in einer "terroristischen Vereinigung": 'Für den Kommunismus'.
- Unterstützung der RAF (Rote Armee Fraktion)

Der Staatsschutzsenat ging im März, nach den bereits gehaltenen Plädoyers der Bundesanwaltschaft und der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte nochmals in die Beweisaufnahme, um anhand von diversen Aktionen im Rhein-Main-Gebiet von 1982 bis hin zum Hungerstreik in diesem Frühjahr doch noch die Existenz dieser Vereinigung 'Für den Kommunismus' belegen zu wollen.
Das Verfahren endete am 22. 06. 89 mit dem Urteil: Sechs Jahre Knast für Ali, jeweils für fünf Jahre Knast für Michi und Bernhard wegen des Brandanschlags auf Renault Anfang 1988.
Ali Jansen ist schwer asthmakrank. Seine Anwältinnen und Anwälte sahen sich jetzt gezwungen, eine Presseerklärung zu veröffentlichen:

Presseerklärung

Als Verteidiger und Mediziner sehen wir uns veranlaßt, folgenden Sachverhalt öffentlich zu machen:

Ali Jansen befindet sich seit dem 01. 03. 1988 in Untersuchungshaft. Er leidet seit mehreren Jahren an schwerem Asthma. Asthmaanfälle treten des öfteren plötzlich - auch nachts - auf, führen zu massiven Hustenanfällen, so daß es zum absoluten Luftmangel und Erstickungsanfällen bis hin zur Beqwußtlosigkeit kommt. Starke Asthmaanfälle können zum Tod führen. In der Vergangenheit - also vor seiner Inhaftierung - führten einige Asthmaanfälle zu Notarzteinsätzen, immer jedoch zur Notwendigkeit schneller ärztlicher Hilfe. Seit seiner Inhaftierung hat sich sein gesundheitszustand natürlich nicht verbessert. In der JVA (Justizvollzugsanstalt, Red.) hatte Ali Jansen seither mindestens 4 schwere Anfälle, zuletzt am 18. 07. 1989.

Die Erfahrung von Ali Jansen mit den im Schlaf auftretenden Anfällen führt dazu, daß er seit Monaten nicht mehr tief schläft, um nicht von Anfällen mitten im Schlaf überrascht zu werden. und so früh wie möglich die Kontrolle über seinen Körper, insbesondere das Ein- und Ausatmen erhalten zu können und nur so in der Lage zu sein, sein Asthma-Spray einzusetzen und über die Sprechanlage in seiner Zelle ärztliche Hilfe anzufordern.

Bei den inzwischen 4 schweren Asthmaanfällen unseres Mandanten war es bis auf einen, der am Tag auftrat, nicht möglich, die notwendige sofortige ärztliche Hilfe zu erhalten.

Aus diesem Grunde wurde bereits am 14. 04. 1989 bei dem zuständigen Senat des OLG (Oberlandesgericht, Red.) Frankfurt beantragt, Ali Jansen mit einem Gefangenen seines Vertrauens auf eine Zelle zu legen. Dieser wäre dann bei einem auftretenden Asthmaanfall in der Lage, unserem Mandanten Hilfe zu leisten, sei es durch Verabreichung des Asthmasprays, sei es durch dessen Möglichkeit, durch die Sprechanlage in der Zelle die Notwendigkeit ärztlicher Hilfe deutlich zu machen, was Herrn Jansen während eines Anfalls allein durch Luftmangel nicht möglich ist, oder sei es letztlich durch Verabreichung Erster Hilfe, wenn Herr Jansen Bewußtlos wird, d.h. also aufzupassen, daß er die richtige Lage hat, damit er nicht erstickt.

Dem Senat wurden die Gründe für diesen Antrag, insbesondere die gesundheitliche Lage unseres Mandanten detailliert geschildert. Außerdem lagen dem Senat ärztliche Atteste des bisherigen Hausarztes von Ali Jansen vor.

Dem Antrag wurde seitens des Senats zugestimmt, die Bundesanwaltschaft bestand lediglich darauf, daß Herr Jansen nicht mit einem § 129a-Gefangenen auf eine Zelle gelegt wird. Daraufhin wurde von seiten unseres Mandanten ein sozialer Gefangener benannt, der in der JVA Frankfurt eine 20monatige Freiheitsstrafe absitzt. Die JVA Frankfurt widersprach jedoch dem Antrag mit dem Hinweis, daß der benannte Gefangenen zwar nicht wegen des Vorwurfs nach § 129a in Haft sei, jedoch als "eifriger Sympathisant" gelte und "seit dem 10. 04. 1989 neben Gefangenen, die als terroristische Gewalttäter gelten, am Hungerstreik teilnehme".

Am 22. 06. 1989 erging das Urteil gegen Ali Jansen; er wurde nicht wegen eines Vorwurfs nach § 129a verurteilt.

Daraufhin wurde nochmals der Antrag gestellt, Ali Jansen mit dem Mitgefangenen Bernhard Rosenkötter - zumindest für die Nachtzeit - auf eine Zelle zu verlegen. Bis heute wurde über diesen Antrag nicht entschieden, obwohl der Senat auch für Bernhard Rosenkötter zuständig ist, d.h. dessen Haftbedingungen ebenso wie die von Ali Jansen vom Senat bestimmt werden.

Der Antrag, daß lediglich ein Gefangener des Vertrauens (und nicht ein von der JVA ausgesuchter Gefangener) zusammen mit Ali Jansen auf eine Zelle verlegt wird, hat den Hintergrund, daß die Erfahrung - zuletzt im Zusammenhang der Vorgänge um das sog. "Celler Loch" - zeigt, daß von dem Staatsschutz lediglich Mitgefangene, die sich als Spitzel betätigen, mit politischen Gefangenen zusammengelegt werden. Und - dies ist hier das Entscheidende - daß es sich bei der Krankheit von Ali Jansen letztlich nicht um eine unter Gefängnisbedingungen therapierbare Krankheit handelt, und auch Streßfaktoren für das Auftreten von Anfällen ursächlich sein können. Wir möchten hiermit ausdrücklich klarstellen, daß ein "Zusammenleben" in einer Zelle von 9 qm nur mit Personen des Vertrauens halbwegs streßfrei möglich ist.

Nachdem sich seit dem ersten Antrag der Verteidigung Herrn Jansens vor fast 4 Monaten nichts getan hat, außer daß er erneut einen Asthmaanfall erlitt, sehen wir uns als Verteidiger Herrn Jansens gemeinsam mit den unterzeichnenden Ärzten aus Sorge um dessen gesundheitliche Integrität nunmehr gezwungen, mit einer Presseerklärung an die Öffentlichkeit zu treten.

Dem Antrag der Verteidigung Herrn Jansens auf Zusammenschluß mit einem Gefangenen seines Vertrauens - zumindest während der Nachtzeit - muß sofort entsprochen werden.

Berthold Fresenius, Rechtsanwalt
im September 1989
für: Ulrike Halm, Rechtsanwältin - Dr. Klaus Wersche, Arzt - Gemeinschaftspraxis Dr. Konrad Euler, Andreas Bohm, Elsbeth Reitz - Dr. Lutz Rosenkötter, Psychotherapeut - Dr. Walter Laforsch, Arzt - Dr. Reinhard Büttner, Arzt - Dr. Lothar Walter, Arzt - Matthias Jochheim, Arzt - Michael Wilk, Arzt

Die Situation öffentlich zu machen, kann nur ein Anfang sein, letztendlich müssen wir überlegen, was wir zur Unterstützung der Forderung tun können.

CONTRO I PADRONI DELLA CITTÀ!

Unmittelbar nach der Räumung des Leoncawallos am 16.8. hat es eine große Demo gegeben, ein Solifest,und viele Leute haben sich mit Power an den Wiederaufbau gemacht: die Trümmer in einen Teil des Geländes zusammengeräumt, an einer Seite des großen Eingangshofs (der war vor dem 16. ne Halle) eine Konzertbühne aufgestellt. Es gibt wieder jeden Abend Volksküche und Kneipe, manchmal Konzerte, und tagsüber sind immer Leute da, die mauern, Wasserleitung verlegen usw.

Das zweitägige Treffen der centri sociali war schon vor dem 16.8. geplant, als drittes Treffen aller italienischen centri. Nach der Räumung und versuchten Zerstörung ist es sehr wichtig geworden nicht nur für gemeinsames Reden, sondern auch als Signal: daß der Kampf für selbstbestimmte Räume weitergeht, daß die Leute aus den centri sociali und besetzten Häusern sich nicht einschüchtern lassen, daß sie weitermachen "gegen die Herren der Stadt".



Die Herren selbst versuchten, das Treffen an den Stadtrand zu verdrängen, durch Verbot der ziemlich zentral gelegenen piazza vetra als Versammlungsort, stattdessen wurde den Leoncawallos ein Park außerhalb"angeboten"; und von FUAN (Faschisten) bis PSI gaben sie sich alle Mühe, die öffentliche Stimmung gegen Leoncawallo und das Treffen/Demo anzuheizen (und damit vom Räu-

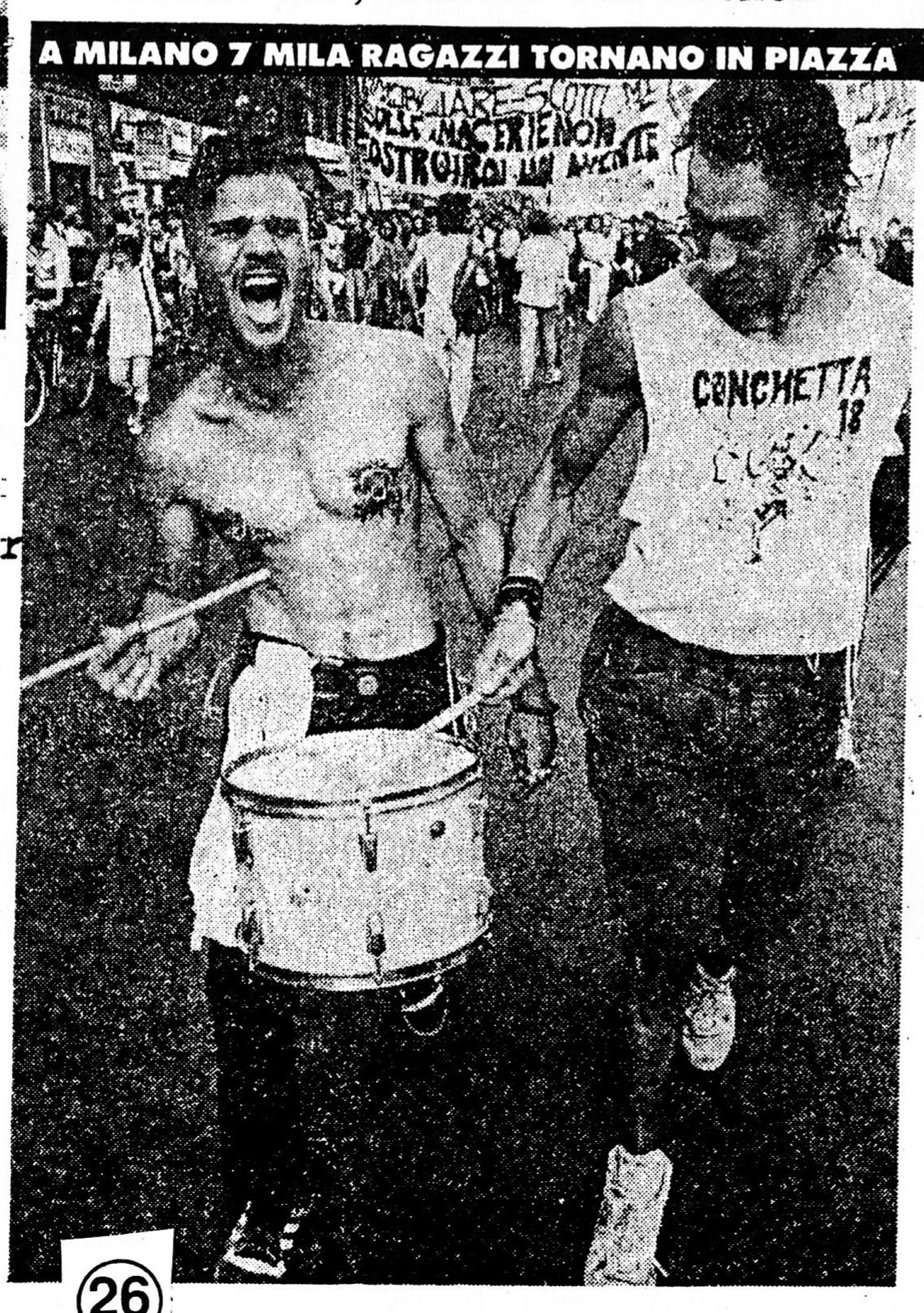
mungsterror abzulenken). Die bürgerliche Presse trat die Horrorpropaganda genüßlich breit, vor allem nach dem Verbot der piazza vetra und nachdem der Innenminister sich mit der Drohung einmischte, die öffentliche Ordnung werde in jedem Fall gesichert...naja.

Im Leoncawallo gab es Mittwoch und Donnerstag Abend sehr volle VV's (übrigens, für uns sehr ungewohnt, mit JournalistInnen, vom linken Stadtradio und "il manifesto"; der Rest wurde rausgeschickt), etwa 200 Menschen. Es war abzusehen, daß die Demo sehr groß wird, außer den Leuten aus den centri und besetzten Häusern wollten mehrere SchülerInnen- und Studigruppen kommen und die Partei Democrazia Proletari. Bei den Diskussionen um die Demo ging es um die Befürchtung von Provokationen, gerade nach der Einmischung des Innenministers. Zum Versammlungsort wurde beschlossen, den von der Stadt"angebotenen"Park dankend abzulehnen: wenn nicht piazza vetra, dann im Leoncawallo selbst! ↓



MILANO — I dimostranti davanti al centro

Am Samstag kamen etwa 7000 Menschen, auch aus Rom, Turin, **Modena**, Neapel **und Florenz**. Die Demoroute, die am Donnerstag mit der Stadt ausgehandelt worden war, führte vom Leoncawallo durch die Innenstadt. An einer Stelle versuchten die zahlreich vorhandenen Bullen, Spalier zu laufen, was sie aber schnell aufgaben, als die Demo ankündigte, dann die Route zu ändern. Viel Interesse bei den Leuten auf der Straße, in den Slogans und bei den Transparenten wurde auch die Rolle der PSI bei der Umstrukturierung Mailands klargestellt (partei der sozialdemokrat. Immobilienspekulanten). Nach der Abschlußkundgebung ging es dann zurück zum Leoncawallo,



A MILANO 7 MILA RAGAZZI TORNANO IN PIAZZA

!Konto! Postgiro Italien/Milano № 12238200
Edizione "Sapere colletivo", Stichwort Leoncavallo

Weltausstellung = Schaufenster des Imperialismus

Peine, Pattensen, Paris, Brüssel, Hannover

[geklaut aus Flex 12/88]

Hannover im Weltausstellungsfieber - nur wer weiß, was uns durch den Finanzkollaps der Stadt zum Ende der 60er Jahre an städtebaulichen Scheußlichkeiten, an zerstörter Urbanität und architektonischer Brutalisierung erspart geblieben ist, kann ermessen, was jetzt wieder im Stadtplanungsamt los ist. Endlich ist der jahrzehntelange Zwang zur Mäßigung aufgehoben, endlich können die alternativen Kleinscheißer mit ihren Radwegen, ihrem Tempo 30, ihrem Grünflächen-Fimmel und ihren Biotop-Kartierungen mit einem einzigen dicken Nagel an die Wand gehämmert werden: der EXPO '98.

Nichts hat sich geändert, im Gegenteil: Es ist zu befürchten, das all das, was durch die Ungunst der Finanzen an Hannover gnädig vorbeigegangen schien, mit ungeheurer Wucht in zehn Jahren aufgeholt werden könnte.

Bemerkenswert, daß schon Birgit Breuel, Niedersächsische Finanzministerin, Vorsitzende des Messe-Aufsichtsrates und eine der Mütter des Gedankens, ersten Unmut über die Besen äußerte, die sie da als Zauberlehrling losgelassen: »Unerhört« sei es, was die Stadt da plane. »Da wird bei den Bürgern ein Erwartungshorizont aufgebaut und zugleich gesagt, zahlen wollen wir nichts. Die Pläne sind mit uns nie abgesprochen worden. Was die Stadt da kürzlich öffentlich präsentiert hat, ist einfach nur Schau.«

Aber wohl eine, die auf die prinzipielle Zustimmung des Landes trifft: Der Anpfiff von Breuel sollte vor allem bewirken, daß die Stadtplaner nicht mit infantilem Gebrüll gleich nach jeder neugeschaufelten Sandburg den ganzen Spielplatz wild machen.

Von der Messe zum Disneyland

Eine ehrwürdige Institution: Schon 1798 fand die erste große französische Industrieausstellung auf dem Marsfeld in Paris statt, eine glanzvolle Selbstdarstellung der neuen bürgerlichen Gesellschaft, die sich gerade der Zunftzwänge entledigt hatte. Weitere Ausstellungen folgten, teils im Louvre, auf dem Place de la Concorde, und fanden im stürmisch aufsteigenden Großbritannien Nachahmer.

Es blieb nicht bei den nationalen Messen: Die Konkurrenz zwischen dem britischen und französischen Kapital führte zur wechselseitigen Ausrichtung der ersten »Weltausstellungen« in London und Paris - wobei der Rest der Welt zunächst eher Zaungast war, dann aber schnell aufholte. Dabei wurden nicht mehr nur Industrieerzeugnisse ausgestellt. Die Weltausstellungen wurden zum Kristallisationspunkt, in dem Technik, Wissenschaft, Bildung, Kunst, Sozialpolitik und internationale Beziehungen zusammenliefen.

Die Höhepunkte: zweifellos die erste Weltausstellung 1851 in London, die im weltberühmten Glaspalast stattfand, dem ersten aus Fertigteilen hergestellten Gußeisen-Gebäude.

Die Weltausstellung von 1889, deren Wahrzeichen der Eiffelturm wurde, setzte der ersten Phase der Weltausstellungen ein gewisses Ende: Um die Jahrhundertwende verloren sie ihre Bedeutung als internationale Märkte. Neben ihnen entwickelten sich reine Industriemessen. Die Weltausstellungen wurden immer mehr zum spektakulären Amusement, bis sie infolge des ersten Weltkrieges 16 Jahre unterbrochen wurden.

Zwischen den Weltkriegen wurden sie zu Profilierungsfeldern nationaler Eitelkeiten. Mehr denn je dominierte der nationale Pavillon, besonders in Paris 1937.

Wieder folgte eine diesmal 19jährige Pause, bis in Brüssel 1958 die erste Nachkriegs-Weltausstellung stattfand. Wieder stand sie ganz im Zeichen des Fortschritts-Optimismus. Das Atomium versinnbildlichte die friedliche Nutzung der Atomenergie, die Sowjetunion präsentierte ihren Sputnik, alles war beherrschbar.

Dann gings recht schnell bergab: Die Weltausstellungen, nur noch ideologische Seifenblasen ohne handfesten wirtschaftlichen Sinn, gerieten in den Sog des Selbstzwecks. Sie wurden zu gigantischen Vergnügungsparks, auf denen die technischen und kulturellen Exponate immer mehr gegenüber den medialen und illusionären Ereignissen in den Hintergrund gerieten. In Vancouver 1986 wurde die Weltausstellung von 43.000 Veranstaltungen begleitet, also knapp 300 pro Tag, wo schlichtweg alles geboten wurde, was die beteiligten Nationen an kulturellen Ereignissen zu bieten hatten - Schrott inclusive.

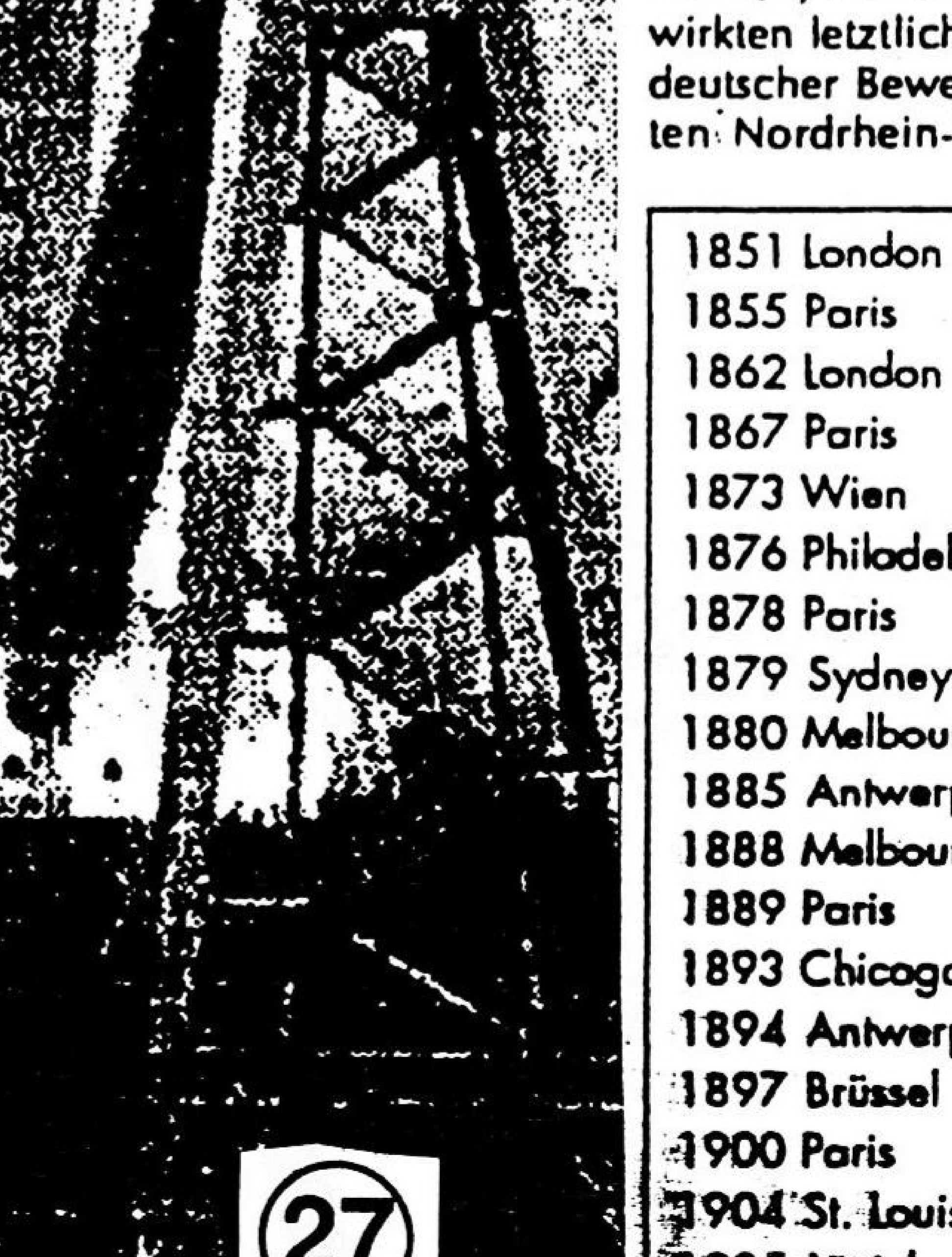
Die verschiedenen Themen, unter die die Ausstellungen gestellt wurden, wurden immer beliebiger - die Aussteller richteten sich kaum mehr danach. Für die ausrichtenden Länder und Städte waren letztlich nur die Sekundäreffekte ausschlaggebend: rechnen sich die Investitionen oder nicht? Dementsprechend waren sämtliche Energien darauf gerichtet, in den Ausstellungs-Monaten Umsatz satt zu machen. Wenn noch ein Sinn übrigblieb, dann war es der Reibach.

Wer kassiert, wer blecht?

In der Tat bringt Hannover gewisse Voraussetzungen zur Ausrichtung einer Weltausstellung mit: die Infrastruktur der Messe, das Know-how, das Management - Einrichtungen, die im Prinzip nur aus- aber nicht mehr neu aufgebaut werden müssen. Insofern sind die 1,5 Milliarden DM, die in einem Gutachten als Grundkosten für eine Weltausstellung in Wien errechnet wurden, nicht auf Hannover übertragbar. Diese Umstände bewirkten letztlich auch, daß sich Hannover als einziger bundesdeutscher Bewerber durchsetzen konnte: ursprünglich verfolgten Nordrhein-Westfalen mit den Ruhrgebietsstädten sowie West-Berlin ebenfalls Weltausstellungs-Pläne.

1851 London	1929 Barcelona
1855 Paris	1933 Chicago
1862 London	1937 Paris
1867 Paris	1939 New York
1873 Wien	1958 Brüssel
1876 Philadelphia	1962 Seattle
1878 Paris	1964 New York
1879 Sydney	1967 Montreal
1880 Melbourne	1968 San Antonio
1885 Antwerpen	1970 Osaka
1888 Melbourne	1982 Knoxville
1889 Paris	1985 Tsukuba
1893 Chicago	1986 Vancouver
1894 Antwerpen	1988 Brisbane
1897 Brüssel	1992 Sevilla
1900 Paris	1995 Wien/ Budapest
1904 St. Louis	1997 Hongkong?
1905 Lüttich	1998 Hannover?
1910 Brüssel	
1913 Gent	

Deshalb sind auch die Hoffnungen nicht völlig aus der Luft gegriffen, daß sich eine Weltausstellung in Hannover »rechnet«. Sie bewegen sich jedoch mangels einer auch nur groben Kosten- und Einnahmeschätzung noch im Bereich der Milchmädchenrechnung, haben jedoch eine gewisse Wahrscheinlichkeit für sich. Jedenfalls wäre es zu kurz gegriffen, bei der Kritik des Projektes auf seine quasi betriebswirtschaftlichen Risiken hinzuweisen. Sicher ist, daß Weltausstellungen schon mit saftigen Verlusten



Göttingen zu Gast

Für die fünf Monate geöffnete Ausstellung rechnet die Messe AG mit 15 bis 20 Millionen Besucher. Das entspricht etwa 130.000 Besuchern täglich, oder schlicht der Einwohnerschaft Göttingens. Im Vergleich: die jeweils nur eine Woche geöffneten Messen CeBIT und Industrie haben täglich 55 bis 60.000 Besucher. Schon zu normalen Messezeiten ist das Leben in Hannover deutlich teurer und schlechter. Eine Weltausstellung würde jedoch für ein halbes Jahr sämtliche relevanten Konsummärkte in erheblichen Nachfragedruck bringen - die Folgen waren z.B. in Brisbane schlicht katastrophal:

- Gewerbliche und Wohnungsmieten stiegen in ruinöse Höhen. Die Folge war eine erhebliche Veränderung der Einzelhandelsstruktur und der sozialen Struktur besonders in ausstellungsnahen Wohngebieten: finanzschwächere Mieter wurden verdrängt.
- In einer Art lokalen Inflation stieg das gesamte Preisniveau deutlich an - der Lebensstandard derer, die nicht das Glück hatten, direkt an der EXPO zu verdienen, sank dementsprechend.
- Erhebliche Straßenneubauten und ein natürlich enorm gewachsenes Verkehrsaufkommen verminderten massiv die Lebensqualität.

Diese Erfahrungen lassen sich bruchlos auf Hannover übertragen - man muß sich nur die Messezeit vor Augen führen, aber gut doppelt so schlimm und zwanzigmal so lang.

Die Goldrausch-Struktur

Die Weltausstellung wird Hannover eine Infrastruktur verschaffen, die kraß überdimensioniert und auf einen städtischen Randbereich gerichtet ist, und die nach Beendigung der Weltausstellung

- nicht mehr nutzbar ist (Pavillons, Erschließung)
- nicht mehr ausgelastet ist und tendenziell zusammenbricht (Gastronomie, Hotels, Flughafen)
- negative Folgenutzungen nach sich zieht: daß Straßen Verkehr produzieren, ist mittlerweile erwiesen.

Für all das werden sowohl 165 Hektar Grünfläche am Kronsberg geopfert, müssen - möglicherweise in Kleingarten-Gebieten - Ausweich-Gewerbeflächen geschaffen werden, werden Autobahn- und Straßenerweiterungen in Waldgebieten vorgenommen, werden eine Unmenge von Projekten durchgezogen, die bisher durch den Widerstand der Anlieger oder anderer Bürgerinitiativen gebremst oder verhindert wurden - allein die Gegend um den Flughafen dürfte durch die EXPO weiträumig unbewohnbar werden.

Unterm Strich dürfte nach der EXPO die Messe-AG blendend dastehen, die Stadt vielleicht mit einem blauen Auge davongekommen sein und ansonsten einer kleinen Gruppe von EXPO-Gewinnlern eine große Bevölkerungsgruppe gegenüberstehen, deren Lebensumstände sich durch die Weltausstellung krass verschlechtert haben. Und Hannover dürfte mit München, Paris, London oder New York dann wenigstens eines gemeinsam haben: das Niveau der Lebenshaltungskosten.

Das Motto: Ein Witz

Unter diesen Umständen gewinnt das Motto »Mensch - Natur - Technik« geradezu komische Dimensionen. Nach den Vorstellungen der Messe-AG sollen neben dem technischen Fortschritt auch »die negativen Erfahrungen, die inzwischen mit den Auswirkungen der Technik auf die Umwelt gemacht worden sind«, in der Weltausstellung thematisiert werden. Dies soll vor allem in dem projektierten »Internationalen Populärwissenschaftlichen Zentrum« (IPZ) geschehen, das als »Zukunftsmuseum« und Gegenpol zum Münchener Deutschen Museum auch nach der Weltausstellung weiter betrieben werden soll: fünf kugelförmige Bauten, dazu ein dreidimensionales Kino und ein Planetarium, obendrauf das Symbol der Ausstellung, eine stilisierte DNS-Spirale, quasi als Einstimmung auf die Aera der Gen-Technologie.

Wenn die Hannoversche Bewerbung beim Pariser Weltausstellungsbüro akzeptiert werden sollte - und dafür stehen die Chancen leider nicht schlecht - dann sollte die Messe-AG ihren Kritikern nicht Brosamen vorwerfen, wie z.B. den Vorschlag, daß sich Döhren selbst regiert (das können die Schweizer auch!). Sie sollte eine gewisse Noblesse zeigen und wenigstens das EXPO-Symbol den wahren Beziehungen zwischen Mensch, Natur und Technik annähern: Wir schlagen dafür eine stilisierte, überdimensionale Mülltonne vor. Meinetwegen mit Aussichtsplattform und bei Sonne aufklappbarem Deckel.

10 Jahre Baustelle
Investitionspläne zur Weltausstellung

Verkehr
6-spuriger Ausbau BAB Hamburg-Frankfurt
Ausbau Messestutzen
Ausbau BAB-Dreieck Hannover-Süd
Ausbau Pferdeturmkreuzung (Trogstrecke)
»Anpassung« des innerstädtischen Straßennetzes
Startbahnverlängerung Flughafen
Zusätzliches Abfertigungsgebäude Flughafen
Transrapid-Strecke Hamburg-München
Transrapid-Tunnel Flughafen/Bahnhof/EXPO
U-Bahn-Verlängerung unterm Messegelände
Intercity-Bahnhof Laatzen
Kabinenbahn Laatzen-Messe-EXPO

Grunderwerb, Erschließung
Restankauf Kronsberg
Ersatzflächen für Gewerbepark Messe
Erschließung und Entwässerung

Bauten für die EXPO
Kapitalerhöhung Messe AG für:
Superdome (30.000 Plätze)
Zukunftsmuseum
Sonstige Messebauten
Anlage von Grünflächen und künstlicher Gewässer
Parkraum für 15.000 Autos

Ansonsten:
Erhöhung der Bettenkapazität
Veranstaltungsprogramm
Internationale Werbung

Wir haben den Flex-Artikel abgedruckt, weil dieser ganz gut die Geschichte und Auswirkungen der Weltausstellung beschreibt. Im letzten halben Jahr hat sich nun folgendes getan: Die Ausstellung findet nun erst im Jahr 2000 statt, die endgültige Standortentscheidung fällt im Mai 1990. Neben Hannover bewerben sich noch Venedig und Toronto.
Träger der Ausstellung ist inzwischen das Land Niedersachsen. Sollte es zu einer Zusage kommen, soll eine Weltausstellungsgesellschaft (Bund, Land Niedersachsen, Messe AG, Stadt Hannover) gegründet werden, die weitere Planungen übernimmt. Die internen Planungen der Ausgaben verteilen sich so: 60% Bund, 30% Land, 10% Stadt. Seit Frühjahr dieses Jahres ist ein sog. Ideen-Symposium (mit VertreterInnen aus Naturwiss., Philosophie, Architektur, Physik, Soziologie, Ökologie, Kultur, Zukunftsforschung) dabei ein inhaltliches Konzept zu erarbeiten, welches dann am 13.Dezember bei der offiziellen Präsentation Hannovers als Standort vorgestellt werden soll.

Das Schlagwort heißt Interdisziplinarität

Kernstück der Ausstellung soll inzwischen das "Internationale Populärwissenschaftliche Zentrum" (IPZ) werden, welches schon Jahre vor der Weltausstellung (von nu an WA) eröffnet werden soll, und auch nachher weiter bestehen soll. Geplant sind 6 kugelförmige Bauten mit eigenen Themen (Weltraum, Erde, Ozeane, Mensch, Kultur und ein 3D Kino). Dort soll ein "Treffpunkt interdisziplinärer Forschung" entstehen, wo die "Herausforderung der Zukunft anhand von Forschungsergebnissen dargestellt werden". Im kritischen Dialog, unter Einbeziehung aller Fachbereiche soll über Auswirkungen von Technikentwicklung geforscht werden, um so Kritik von vornherein zu integrieren, und, solange es die Profitinteressen zulassen, zu berücksichtigen.

Messevorstandsmitglied Sepp Heckmann beschreibt die Zielsetzungen so:"Information und Motivation der Jugend, Einbindung in Zukunftsentwicklungen und Rechtfertigung von weltweiter Forschung".

Zusammen mit dem Ausbau der Infrastruktur erhöfft sich Hannover als eine <u>der</u> Wirtschaftsregionen in der BRD etablieren zu können. Stadtbaurat Adrian wird deutlich, wenn er sich zur Nutzung des Geländes nach der WA äußert:"Vielmehr müße angestrebt werden, am Kronsberg Hannovers drittes große Gewerbegebiet neben dem Medical Park und der Flächen in Stöcken auf dem Varta Gelände zu schaffen" Später soll aus dem IPZ und den Anlagen der WA ein "Europäischer Forschungspark" entstehen, wofür es noch keine weiteren Planungen gibt.

Das Land verspricht sich eine enorme Entwicklung des nds. Wirtschaftsraums, wobei schon bestehenden Projekten, wie das "Forschungsdreieck Hannover, Braunschweig, Göttingen", in Zukunft eine noch größere Bedeutung zukommen wird.
Der Bund verspricht sich eine weltweite Präsentation des "Modell Deutschlands".

Angesichts der Auswirkungen, die wahrscheinlich für den gesamten norddeutschen Raum von Bedeutung sein werden, angesichts der bundesweiten Bedeutung der WA als internationale Präsentation des "Modell Deutschlands", ergibt sich, daß sich unserer Widerstand gerade jetzt entwickeln muß, vor dem offiziellen Zuschlag im Mai 1990, von dem im Moment wohl ausgegangen werden muß.
Ist die Entscheidung erst positiv ausgefallen, werden wir in einer für uns relativ neuen Dimension mit diesem strategischen Projekt konfrontiert, angesichts der Qualität, Bedeutung und Zeitdauer (Vorbereitungszeit 10 Jahre) dieser Ausstellung.

In Hannover haben sich bisher erst wenige Gruppen mit diesem Thema beschäftigt. Die Bürgerinitiative Umweltschutz (BIU) hat Anfang des Jahres eine Postkartenaktion gestartet, bei der besorgte BürgerInnen an das Pariser Weltausstellungsbüro schreiben sollen. Die Kritik dieser Gruppen richtet sich aber meist nicht direkt gegen das Projekt WA, sondern kritisieren nur die sozialen und ökologischen Auswirkungen für die Stadt.

Unbegrenzter Fortschrittsglaube durch platte Technikpräsentation (wie bei früheren WAen) ist heute nicht mehr angesagt. An den eigentlichen Interessen des weltweiten Kapitals, Profitmaximierung und Herrschaftssicherung, hat sich dadurch selbstverständlich nichts geändert, die Präsentation bei eher repräsentativen Ausstellungen wie der WA ist nur eine andere geworden.

Die Stadt verspricht sich von der WA einen internationalen Ruf als Stadt der Forschung, Technik und Kultur. Dazu paßt auch der geplante eigene Beitrag von Hannover, in dem sie sich als fortschrittliche weltoffene Stadt präsentieren will. Frei nach dem Motto "Eine Stadt lernt aus dem 20.Jahrhundert" (Entwicklung des demokratischen Gedankengutes") ist geplant, daß ein Stadtteil ein Jahr lang von seinen BürgerInnen selbst regiert wird. Unter Umständen könnte dieses "Regiement" auch nur an Frauen übergeben werden.

Sollte die WA tatsächlich in Hannover stattfinden, so könnten in den nächsten 10 Jahren Maßnahmen auf uns zu kommen, die unsere bisherigen Definitionen von Umstrukturierung der Stadt/Stadtteile weit in den Schatten stellen. In Brisbane (Australien, wo 1988 die letzte WA stattfand) stiegen die Preise für Lebensmittel und andere Waren bis zu einem Drittel. Die Wohnungsnot nahm akut zu, da viele Vermieter Wohnraum in Pensionen und Zimmer zur vorübergehenden Miete umwandelten. Zum Ausgleich wurden am Stadtrand Hochhaussiedlungen aus dem Boden gestampft, die EinwohnerInnen Brisbanes in Ghettos zusammengepfercht.

Seit einigen Wochenn gibt es allerdings ein Plenum von unterschiedlichen Gruppen (Mittwochs, 19 Uhr 30 in der Biu, Stephanus 25). Ein Ansatzpunkt für unseren Widerstand ist der Besuch des Exekutivauschusses des Pariser Weltausstellungsbüros (mit Delegierten aus 12 Ländern) vom 13.-17.September in Bonn und Hannover. Dieses Komitee will sich anläßlich der EMO (Europ. Werkzeugmaschinenausstellung) von der "Leistungsfähigkeit der Messestadt" informieren.
Es ist nur zu vermuten, nach welchen Kriterien dieses Komitee entscheiden wird, doch sicherlöich wird es so etwas wie ein Gesamteindruck geben, und den können wir ihnen vermiesen.

Am 13. Dezember findet dann noch die offizelle Präsentation des Weltausstellungskonzeptes statt, vermutlich aber leider in Paris.

Zum Abschluß nochmal die Adresse des Weltausstellungsbüros, falls ihr ihnen mal was zukommen lassen wollt:

Bureau International des Expositions
56, Rue Victor Hugo
F-75016 Paris

Keine Weltausstellung in Hannover und anderswo !!!

JETZT SCHLÄGT'S 13 ! ! !

KEIN FORUM FÜR DIE REEPS ! ! !

AUSLÄNDERINNENWAHLRECHT SOFORT !

DEMONSTRATION UND KUNDGEBUNG

AM FREITAG, DEM 13. 10. 89

IM WEDDING ! ! !

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

Die "Republikaner" sind nun seit über einem halben Jahr im Abgeordnetenhaus und in fast allen Bezirksverordnetenversammlungen vertreten. Während sich seit dem auf der einen Seite das Klima für Frauen und ausländische Menschen rapide verschlechterte (Mord an Ufuk Sahin, verstärkte sexistische Übergriffe und Anmache), geben auf der anderen Seite die Rathausparteien ihre anfängliche Zurückhaltung gegenüber den Rep's auf, alle im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien sind mittlerweile dazu bereit, sich mit den Rep's an einen Tisch zu setzen. Die Cdu führt sogar gemeinsam mit ihnen eine Hetzkampagne gegen das geplante kommunale AusländerInnenwahlrecht durch, mit dem Erfolg, daß Spd und Al den Gesetzentwurf nicht zum geplanten Termin - und bis heute noch nicht - im Abgeordnetenhaus eingebracht haben.

Auch für die Volkshochschule Wedding sind die Rep's mittlerweile hoffähig geworden. So werden auch sie an einer Veranstaltungsreihe mit den Weddinger Rathausparteien teilnehmen dürfen. Die nächste Veranstaltung dieser Reihe, am 13. 10., beschäftigt sich - ausgerechnet zur Woche des ausländischen Mitbürgers ! - mit dem Thema "Gastarbeiter oder Mitbürger?. Einfacher kann mann es den Rep's wirklich nicht machen, ihre rassistische Hetze zu verbreiten !

Deshalb werden wir diese Veranstaltung so nicht dulden ! Den Rep's darf kein Raum für ihre Angriffe gegen AusländerInnen, Frauenrechte und Gewerkschaften gelassen werden ! Wir werden statt dessen den Raum für eine solidarische Diskussion von und mit den betroffenen ausländischen Menschen schaffen ! Wir wollen gemeinsam den Widerstand gegen Rassismus, Faschismus und Deutschtümelei organisieren!

KEINE PLATTFORM FÜR RASSISTISCHE HETZE ! ! !
WAHLRECHT UND VOLLE STAATSBÜRGERLICHE RECHTE FÜR ALLE SOFORT ! ! !

DESHALB: HERAUS ZU EINER KRAFTVOLLEN DEMONSTRATION MIT VIEL POWER; LUST UND LÄRM !

Nie wieder Faschismus
Wehret den Anfängen!

TREFFPUNKT:
18 Uhr am U- und S- Bahnhof Gesundbrunnen

Ab 19 Uhr Kundgebung und Aktionen vor und im Rathaus Wedding!!!!!!

ViSdP: Bündnis gegen Rassismus, Faschismus + Sexismus - c.o.F. Müller-Landmann Amsterdamer Str. 12 1/65

Do. 5.10. **20.00** **EL SALVADOR**: Neues zur Situation der Flüchtlinge und RücksiedlerInnen. Es berichten zwei Vetreterinnen der Selbstorganisation **CRIPDES**, die seit den letzten Monaten direktes Ziel der Repression der Arena-Regierung sind. **Versammlungsraum, Mehringhof**

21.00 **Dani, Michi, Renato & Max**, Film im **El Locco**

Fr. 6.10 **16.00** **HOFFEST** und **Volxküche** zur Eröffnung des Infoladens in der **Birkenstr. 34**

Sa. 7.10. **21.00** **Frauendisco** im **Cafe Anfall**

Die Fete vom Papiertiger und **Schwarzbild** findet erst am 14. statt.

23.00 **Mitternachtsparty** mit Paule. Er hat seinen Prozess gegen die EBLT-Bullen wg. Schmerzensgeld gewonnen. Heute läuft die Einspruchsfrist ab. Alle die mitfeiern wollen sind herzlich eingeladen.

18.00 **DER VOLKSKRIEG in PERU,** Informationsveranstaltung zum 61. Jahrestag der PCP, veranstaltet vom Studienkreis Amauta mit ReferentInnen, neuen Videos und Ausstellung im **El Locco**

So. 8.10. **12.00** **"DER MAJDANEK-PROZESS"** Teil 3, Das Urteil. Ab 11.00h Frühstück. Ein Film über die "Aufarbeitung" der Naziverbrechen in der BRD-Geschichte.

16.00 **FRAUENKIEZCAFE** jetzt wieder jeden Sonntag im **Falckeladen,** Falckensteinstr. 46, heute mit**Flohmarkt** und **Klamottentausch**

18.00 **GEHT´S JETZT RUND IM WEDDING?** Was ist dran am "kommunalen Forum"?, Infos und Diskussion. **Kiezküche** bei den **Zorrows,** Grüntaler STr. 38

18.00 **Kiezküche** im Cafe "Anfall"; Gneisenaustr. ?

19.00 **YOL-DER WEG**, Videofilm, im **El Locco**

Mo. 9.10. **19.00** **KIEZKÜCHE**, anschl. nachbereitung, infos und diskussion zu den "tagen gegen ein europa der bullen und bonzen" in den haag. im**Falckeladen**

c **7.10. Verhindern wir den Bundesparteitag der NF inPivitsheide**
Kontakt: Autonome AntifaschistInnen,AJZ Heeperstr.132, 4800 Bielefeld
(Sorry, wir wissen noch nichts über das Vorbereitungstreffen vom 28.9.)

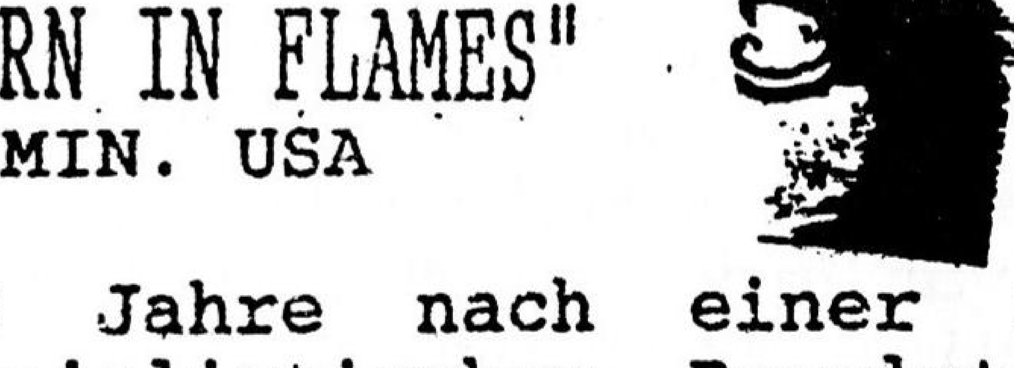
Mo 9.10.20.05 Radio 100 auf 103,4 Mghtz: Weltpolizist Rebmann in der Türkei, eine Sendung zum 129a-Prozeßgegen die PKK

A-LADEN MOABIT

OEFFNUNGSZEITEN:
Dienstag bis Donnerstag
jeweils von 15-18 Uhr

Rathenower Strasse 22
1/21 Tel.:3946167
U-Bahn Birkenstr.

Mi.11.10.: "BORN IN FLAMES"
20 UHR
77 MIN. USA



10 Jahre nach einer fiktiven sozialistischen Revolution in den USA lehnen sich die Frauen auf, weil sich an ihrer Situation nichts geändert hat.

KINO IM KOB zeigt:
FILMREIHE ZUR GEN- UND REPRODUKTIONSTECHNOLOGIE

11./12.10. Dem Führer ein Kind zu schenken
Musterkatalog der Hölle

Dem Führer ein Kind zu schenken. Lebensborn e.V.
F 1979, 45 min
Dieser Dokumentarfilm dreht sich um den Wahn des NS-Staates, Menschen nach rassistischen Vorstellungen züchten zu wollen.

Fr. 13.10 Demo + Kundegebung:

AusländerInnenwahlrecht sofort,
kein Forum für die Reeps!

Treffpunkt 18 Uhr

am U- und S-Bahnhof Gesundbrunnen



AUTOFOCUS

AUTOFOCUS
Videowerkstatt Westberlin e.V.
Oranienstrasse 45
1000 Berlin 61
Tel. 030 / 65 54 58

UR-AUFFÜHRUNG

demnächst im Verleih



SA: 14.10. 19°°
IM EX

„IM HERBST DER BESTIE'

Mehr als ein Jahr danach ist er endlich fertig, zehn Monate Nerv und Arbeit hinter uns: "IM HERBST DER BESTIE" dokumentiert Vorgeschichte und Geschichte der IWF--Kampagne 1988.
Es ist ein zweistündiger Viedeofilm geworden. Nach einer Einleitung, die über die wesentlichsten Aspekte der IWF-und Weltbankpolitik informiert, wird die Vorbereitung der Kampagne durch die verschiedenen Gruppen skizziert. Dabei kommen sowohl 'reformistische' wie autonome Gruppen zu Wort. Am schwiergsten war für uns die wichtigsten Aktion(en) und Aktivitäten im Vorfeld und während der Aktionswoche für den Film auszuwählen . Dabei mußten wir auch vieles unter den Tisch fallen lassen. Wir sind allerdings nicht irgendwelchen objektiven Dokumentationsansprüchen hinterhergehechelt, es ist ein durch und durch parteilicher Film geworden - und das war auch so beabsichtigt. Mit das Wichtigste des Films und hoffentlich auch der schönste Teil des Films, ist die Erzählung der Aktionstage vom 26.9. bis 29.9.88. Wir hoffen, der Film bietet Anlaß, nicht nur in wehmütiger Erinnerung zu schwelgen, sondern auch mal nach vorn zu blicken und neue koordinierte Aktivitäten gegen die Herrschenden weltweit zu organisieren!

VIDEO=DIE IWF-WB KAMPAGNE

wahrscheinlich läuft das Video auch am So. 15.1o im EX

